

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gepaltene Petitzeile 40 Pfg. Telefon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Freudenquellen.

VII.

Der Umgang des Menschen hat eine Reihe Formen geschaffen, die richtig gebraucht oder vernachlässigt, auf die Bildung oder den Bildungsmangel klüftschlüsse gestatten. Doch da die Formen etwas Außerliches sind, so ist die Bildung, die sie erzeugt, bei vielen äußerer Natur. Es gibt aber auch Kennzeichen, die uns über die innere Bildung des Menschen Urteile ermöglichen. Die Bildung des Geistes und des Herzens offenbart sich untrüglich in der Art des Gebens. Gewiß gibt der Geldbeutel meist die erste Antwort auf die Frage: „Was soll ich schenken! Doch soll bei Geschenken der äußere Wert erst an zweiter Stelle gewägt werden. Wichtiger ist das Hineindenken in Geschmack, Bedürfnisse und Herzenswünsche dessen, den man beschenken will. Das setzt eine Fülle geistiger Vorzüge voraus: Aufmerksamkeit, Beobachtungsgabe, Hebelebung. Das fordert eine Herzensergänzung. Der eigne Geschmack und die persönlichen Wünsche müssen zurücktreten. Selbstvergeßlichkeit, Hingabe, Takt müssen die Wahl der Geschenke diktiert. Wenn wir Geschenke machen wollen, darf der Egoismus nicht mitleiden. Um das Nebenstehen ist es eine böse Sache. „Revanche“-gaben lassen das Herz des Gebers und des Nehmers kalt.

Die Liebe muß eingeben, wie und wann man Geschenke macht. Die Liebe muß auch den Weg zeigen, auf dem man den mit einem Geschenke Bedachten fröhlich überraschen und ihm den Augenblick des Nehmens doppelt verschönen kann. Nur wenn das Herz des Gebers bei Ueberreichung der Gabe warm schlägt, wenn aus seinen Augen die Beseligung leuchtet, überraschen zu dürfen, dann zündet die Gabe ein warmes Gefühl im Herzen des Beschenkten und seine Augen strahlen die Freude des andern zurück. So bereuen Geben und Nehmen beglückende Lebensstunden.

Zur Stellung der christlichen Gewerkschaften zum Volksganzen.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung hat sich seit ihrem Bestehen schon häufig gegen unzutreffende Beurteilungen in grundsätzlicher Hinsicht wehren müssen. Vorausgesetzt, daß nicht offensichtliches Uebelwollen die Triebfeder zu Angriffen bildet, kann den christlichen Gewerkschaften eine grundsätzliche Auseinandersetzung nur willkommen sein. Bei der fortschreitenden Industrialisierung unseres Vaterlandes nimmt die Bedeutung der Lohnarbeiterschaft im Volksganzen stets zu; daher kann es weder dem Staate noch den übrigen Volksgenossen gleichgültig sein, in welchem Sinne sich die Arbeiterschaft öffentlich betätigt und von welcher Grundstimmung und welchem Geist die Massenorganisationen der Arbeiter beherrscht werden. Und ebenso kann es der christlichen Arbeiterbewegung nicht gleichgültig sein, wenn in der Deffenlichkeit Stimmen laut werden, welche eine irrtümliche Auffassung von der Stellung der christlichen Arbeiterbewegung zum Volksganzen zu verbreiten geeignet sind.

In einer Wochenrundschau in ihrer Nr. 509 kam nun kürzlich die Kreuzzeitung, deren Anschauungen bekanntlich häufig mit denen der christlichen Arbeiterbewegung auseinandergehen, in bemerkenswerter Weise auf die Verhältnisse in der christlichen Arbeiterbewegung zu sprechen. Die Auslassung richtete sich an die Adresse des Berliner „Arbeiter“, der es versucht hatte, die christlichen Gewerkschaften mit der Revolution in Portugal, dem Eisenbahnerstreik in Frankreich und den Grzeissen in Moabit, Bremen und Köln-Deutz in Verbindung zu bringen, um als das Mittel gegen ähnliche Vorfälle das Berliner Fachabteilungs-system anzupreisen. Die Kreuzzeitung rügte demgegenüber einer Kartellierung aller nichtsozialdemokratischen Arbeiterorganisationen das Wort und empfahl dem Berliner „Arbeiter“ ar-

statt die Zersplitterung der Kräfte in katholische, evangelische usw. Organisationen zu betreiben, die katholischen Arbeiter nämlich den christlichen Gewerkschaften zuzuführen, damit sie dort die Durchführung des Programmpunktes „Ablehnung des Klassenkampfes und des Klassenkampfes“, erzwingen könnten. Weiter entwickelte die Kreuzzeitung dann bezüglich der christlichen Gewerkschaften u. a. noch folgende, sehr ichsel geratene Gedanken:

„Daß aber der Gewerkschaftsstreit nur auf wirtschaftlichem Gebiete liege, soll man doch lieber nicht behaupten. Die christlichen Gewerkschaften sind als eine politische Kampforganisation gegen die Sozialdemokratie gegründet worden, und ihre Führer haben bisher freundschaftliche Beziehungen zu monarchisch gestimmten Parteien unterhalten. In der Entwicklung der letzten Jahre zeigen sie freilich eine immer bedenklicher werdende Hinneigung zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften — Hinneigung ist schon zu wenig gesagt —, sie sind taktisch unter die Führerschaft der früheren Gegner getreten, da sie sich im Wettbewerb um die Gunst der Arbeiter mindestens so radikal herausnehmen zu müssen glaubten, wie die sozialdemokratische Konkurrenz. Sie erleben an sich daselbe, wie der Fortschritt, der so lange hinter der Sozialdemokratie herlief, bis ihm der Atem ausgeht. Der Tag rückt immer näher, an dem die sozialdemokratischen Gewerkschaften zu den christlichen Gewerkschaften sagen können: „Nun haben wir euch, wo wir euch haben wollten. Seien wir Freunde.“

Die Kreuzzeitung hat es aber „nicht für aussichtslos, die christlichen Gewerkschaften aus ihrer gegenwärtig so eklatant gewordenen Umklammerung (?) durch die sozialdemokratischen freien Gewerkschaften zu erretten“ und sie glaubt, daß die Arbeitgeberverbände ihnen dabei hilfreiche Hand leisten können:

„Denn der revolutionäre Charakter der Sozialdemokratie kann gar nicht mehr bestritten werden, und christliche Gewerkschaften, die ihren Namen nicht nur zum Schein führen wollen, können ihren Gegensatz gegen diese revolutionäre Bewegung gar nicht mehr verleugnen — sie stehen vor der letzten Entscheidung. Die Arbeitgeberverbände müssen sich freilich ebenfalls des christlichen Grundgesetzes erinnern, den Pfarrer Julius Werner in die Worte sagt: „Ohne Religion, Sittlichkeit und Vaterlandliebe wird die formale Gerechtigkeit zur empfindenden Ungerechtigkeit und Selbstgerechtigkeit, wird im besonderen das Ständegefühl zum Klassenhaß, der industrielle Konstitutionalismus zum dauernden Kriegszustand und das wirtschaftspolitische Fortwärtstreben zur schleichenden Revolution.“ Der Sozialdemokratie gegenüber haben die Arbeitgeberverbände die ihnen noch gar nicht allgemein zum Bewußtsein gekommene Pflicht der entschlossenen Abwehr. Arbeitnehmerverbände aber, die den Klassenkampf verwerfen, dürfen von den Arbeitgebern nicht als Feinde, sondern müssen mit dem freundlichen Entgegenkommen behandelt werden, das die Religion, der bürgerliche Gemeininn und die nationale Zusammengehörigkeit zur Pflicht machen.

Der Entschuldigungskampf der Arbeitgeberverbände und der sozialdemokratischen Gewerkschaften kann nicht mehr lange hinausgeschoben werden. Er wird ohne Frage mit Unruhen revolutionären Charakters verbunden sein. Wir alle wünschen, daß die antisozialdemokratischen Gewerkschaften mit gutem Gewissen gegenüber der gesamten Arbeiterschaft diesem Kampfe fern bleiben können. Galtten sie zusammen, so bilden sie eine Macht, die auch den Arbeitgebern die Wahrheit des Satzes summum jus summa injuria (das höchste Recht ist das höchste Unrecht. D. N.) sehr nachdrücklich nahelegen und sie zwingen kann, den Standpunkt krasser „Gerechtigkeit“ nur gegen die Kommunisten und Republikaner, ihre geschworenen Gegner, geltend zu machen. Wir sollten meinen, solche Gedanken brauchen gar nicht erst öffentlich ausgesprochen werden, da sie sich aus der Situation von selber ergeben. Wie es scheint, fehlt es nur an einem Führer, der Autorität genug hat, um nicht in den Verdacht eines Verrats an der Arbeiterfrage zu kommen. Ganz sicher aber fehlt es bei den Arbeitgebern an einem Führer; die liberale Gesellschaft ist überhaupt führerlos. Zur Regierung dagegen haben wir volles Vertrauen, daß sie eine solche Entwicklung fördern und schützen würde, wenn sie auch natürlich nicht die Anregerin aeben kann.“

Das „Zentralblatt“ der christlichen Gewerkschaften Deutschlands besaßt sich nun in Nr. 23 in ausführlicher Weise mit diesen Darlegungen der Kreuzzeitung. Ganz entschieden weist es zunächst die Behauptung von der „immer bedenklicher werdenden Hinneigung zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften“ zurück. Es weist hin auf den Programmpunkt in dem sechsten erschienenen Jahrbuch

der christlichen Gewerkschaften für 1911: „Christliche Arbeiterbewegung und Staat“, wo es u. a. heißt:

„Das Verhältnis der christlich-nationalen Arbeiter zum Staat wird dadurch charakterisiert, daß sie die Stellung der Arbeiterklasse auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung erstreben. Dadurch bringen sie zum Ausdruck, daß sie sich nicht bloß als Arbeiter fühlen, sondern auch als Staatsbürger, für die die Welt nicht jenseits der Grenzlinie der eigenen Ständesangelegenheiten und Klasseninteressen zu existieren aufhört. . . . Wichtig ist, daß zwischen den verschiedenen Schichten eines Volkes zum Teil gegensätzliche Interessen bestehen, also auch zwischen den Arbeitern und den übrigen Volksschichten, insbesondere den Arbeitgebern. Aber nur zum Teil. Denn auf der anderen Seite gibt es nicht wenige nicht zu unterschätzende gemeinsame Interessen. Diese finden sich bei einzelnen Teilen des Volkes geistlich durch die Bande gemeinsamer Kultur, der Sprache, der gemeinsamen Interessen auf religiösem Gebiete; materiell sind sie gemeinsam interessiert an dem Stand u. der Entwicklung der Volkswirtschaft. . . . Die christliche Arbeiterschaft betrachtet sich denn auch als einen Teil des Volkes, mit dessen übrigen Schichten sie Interessen höchsten Ranges verbinden. . . . Darum ist auch die Art und Weise, wie sie ihre besonderen Interessen, die sie als Arbeiter haben, geltend machen, wesentlich verschieden von jener, der sich die Sozialdemokratie bedient. Letztere, der Gemeinschaftsinteressen fremd sind, und die nur Klasseninteressen kennt, will diese zum Mittelpunkt des gesamten öffentlichen Lebens machen. Die christlichen Arbeiter dagegen reihen nicht, wie die Anhänger der Sozialdemokratie, um der angeblichen internationalen Einheit der Arbeiterklasseninteressen willen, die nationalen Schranken von Volk zu Volk völlig nieder. Nach ihrer Ueberzeugung ist für den Aufstieg der Lohnarbeiterschaft die dem Volke gemeinsame nationale Kultur und Volkswirtschaft der einzig geeignete Boden. Nur in und mit dieser Kultur und Volkswirtschaft steigt auch der Arbeiterstand zugleich mit allen anderen Volksschichten.“

Die Stellung unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung zu den Unternehmern ist ebenfalls grundverschieden von derjenigen der Sozialdemokratie. Trotzdem das von unserer Seite schon wiederholt mit aller Deutlichkeit dargelegt wurde, sind auch in dieser Hinsicht, wie die Auslassungen der Kreuzzeitung beweisen, in weiteren Kreisen noch irrtümliche Auffassungen über unsere Bewegung gang und gäbe. Das Zentralblatt erinnert demgegenüber an einige beachtenswerte Ausführungen des Kollegen Stegerwald über diese grundsätzliche Frage. Dieser führte gelegentlich des siebenten Kongresses der christlichen Gewerkschaften in der Gedankenerversammlung, die aus Anlaß der zehnjährigen Wiederkehr des ersten Kongresses der christlichen Gewerkschaften veranstaltet war, u. a. folgendes aus:

„Die christliche Gewerkschaftsbewegung sieht in den Unternehmern nicht bloß die Ausbeuter und Schatzmacher, sie erkennt auch deren großes Verdienst um die Volkswirtschaft an. Es ist nicht Zufall, daß die deutsche Industrie, wie die Industrie keines anderen Landes in Europa, den schnellsten, ungeahnten und vom Ausland beneideten Aufschwung in den letzten Jahrzehnten genommen hat. Man spricht heute verschiedentlich davon, daß der Staatsdienst und das politische Leben nicht mehr die ehemaligen großen Geister hervorbringe. Nichts wäre aber verkehrter, als daraus deren Nichtvorhandensein zu schlussfolgern. Nein, die großen Geister sind heute meist fern vom öffentlichen und politischen Leben, im Großhandel und in der Großindustrie in leitender Stellung anzutreffen. Hier ist ihre Tätigkeit zunächst lohnender, und es soll auch gar nicht verkannt werden, daß sie sich hier ebenso nutzbringend entfalten können, als im öffentlichen Dienst.“ (Seite 39/40 des Protokolls.)

Und auf der kürzlich stattgefundenen Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter in Aachen bemerkte Stegerwald u. a. in einem grundlegenden Vortrag:

„Ich habe vorhin gesagt, daß unsere Stellung eine andere gegenüber Staat und Gesellschaft, gegenüber den politischen Parteien ist, und sie ist auch eine andere gegenüber den Unternehmern. Wir betrachten als christliche Gewerkschaftsbewegung die Unternehmer nicht bloß als Ausbeuter, die die Arbeiter schinden und plagen, wir sagen uns, der Unternehmer hat eine außerordentlich wichtige Funktion in der Volkswirtschaft auszuüben. Die Ausnutzung und Beschaffung der Rohprodukte ist ein außerordentlich wichtiges Gebiet für die Tätigkeit des Unternehmers. Im Bergbau sind in den letzten Jahren geradezu fabelhafte Entdeckungen gemacht worden, alle Rohmaterialien zu nutzbringenden Werten zu verarbeiten, so daß heute kein Stäub-

den mehr unverwendbar bleibt; selbst die letzten Reste werden wieder zu Steinen gebrannt, überall wird nachgefahret, wie man mehr aus den Rohprodukten herausholen kann. Der Unternehmer hat außerordentlich wichtige Funktionen auszuüben in der Auszubildung der Fabrikarbeiter, ferner dadurch, daß er immer spekuliert auf die Verwirklichung der Technik. Er übt auch eine außerordentlich wichtige Funktion dadurch aus, daß er systematisch disponiert. Wir sehen das auf den größeren Betrieben der Gewerkschaften. Wenn keiner ordentlich disponiert, dann können sie 20 Mann anstellen und es läßt sich keine befriedigende Arbeit heraus. Wir können ferner feststellen, daß die Staatsbetriebe den Konkurrenzkampf mit der Privatindustrie nicht bestehen konnten. Der bayrische Kriegsminister hat seiner Zeit erklärt, daß, wenn die bayrische Artilleriewerkstätte aufgehoben und die Anstalten in der Privatindustrie hergestellt würden, der bayrische Staat jährlich viel Geld sparen würde. Der Unternehmer ist also eine wichtige Funktion aus, und es wird kein Mensch bestreiten wollen, daß in der sozialistischen Weltanschauung, bei der die frische, die freie Konkurrenz fehlte, der heutige große Stand der Technik nicht erreicht worden wäre.

Die sehr beachtenswerten Unterschiede in der Haltung der christlichen und der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu den Tarifverträgen streicht das „Zentralblatt“ dann noch durch folgende Ausführungen scharf heraus:

„Auch die Tarifbewegung wird von den christlichen Gewerkschaften ganz anders gewertet als von den sozialdemokratischen. Letztere betrachten die Tarifverträge nur als Ruhepunkte zur Stärkung der Organisationen. Im sozialdemokratischen Gewerkschaftslager wird heute schon offen ausgesprochen, daß, wenn sich die Gewerkschaftsorganisationen stark genug fühlten, sie die Gebundenheit, die durch die Tarifverträge erzieht, ablehnen würden, während die christlichen Gewerkschaften in den Tarifverträgen geeignete Mittel sehen, die zu gleicher Zeit eine ruhige, solide, gewerbliche Entwicklung und ein schrittweises Aufsteigen der Lohnarbeiterklasse ermöglichen. Die christlichen Gewerkschaften haben es stets abgelehnt, ihre Kämpfe um die gegensätzlichen Interessen im Arbeitsverhältnis — das solche vorhanden sind, kann nur ein Blinder leugnen — um die Verteilung des Ertrages im Produktionsprozess als Klassenkampf stampfen zu lassen. Sie kämpfen und bezwecken mit dem Kampfe nicht wie die sozialdemokratischen Gewerkschaften eine Etappe zum sozialistischen Endziel, sondern erstreben mit dem Kampfe und seinen Ergebnissen eine angemessene Hebung der Lage des Arbeiterstandes, mit dem Ziele, dadurch an einer Ueberbrückung der Klassengegensätze, an einer größeren Klassenversöhnung mitzuwirken.“

Die dargelegten grundsätzlichen Gesichtspunkte suche man, so fährt das „Zentralblatt“ fort, im christlichen Gewerkschaftslager stets besser herauszuarbeiten, wie man auch bestrebt sei, sie in der Agitation zu vertiefen. In den Reihen der christlichen Gewerkschaften fehlen also die Führer nicht, die trotz aller sozialdemokratischen Verhöhnungen und Anpöbelungen den Mut haben, diese Gedanken auszusprechen und deshalb „nicht in den Verdacht eines Verrats an der Arbeiterschaft“ kommen; ja noch mehr; sie finden dafür auch Verständnis in ihren Kreisen, selbst in Massenversammlungen.

Nicht aber habe die „Kreuzzeitung“ darin, schreibt das „Zentralblatt“ weiter, „daß es in Unternehmerkreisen mit dem Verständnis für eine antirevolutionäre, christlich-nationale Arbeiterbewegung außerordentlich schlecht bestellt“ sei. — „Heute ist die Zahl der Unternehmer, die die christlichen Gewerkschaften für schlimmer halten als die sozialdemokratischen, denen der Einfluß der christl. Gewerkschaften auf die Gesetzgebungsgestaltung schon ein zu großer ist etc., mindestens ebenso groß als der Kreis jener, die schließlich in den christlichen Gewerkschaften das „kleinere Uebel“ erblicken.“ Zahlreiche Unternehmer müßten sich der christlichen Gewerkschaften nur zu erinnern, wenn sie sich von sozialdemokratischen Gewerkschaften bedrängt fühlen. Man suche dann oft die christlichen Gewerkschaften zu den unmündigsten Experimenten zu verleiten, wozu sie sich natürlich nicht mißbrauchen ließen. Sobald man aber in Unternehmerkreisen allseitig sich auf ein vernünftiges Verhandeln mit den Arbeiterorganisationen einlasse, in dem Arbeiter den Menschen sehe, der das Recht und die Pflicht habe, seine Arbeitsbedingungen so erträglich als möglich zu gestalten, dann werde sich herausstellen, daß die christlichen Gewerkschaften weder von dem einzelnen Unternehmer, noch von einer Industrie, noch von der Gesetzgebung Unmögliches fordern:

„Die christlichen Gewerkschaften räumen also grundsätzlich den Unternehmern wichtige Funktionen und eine angemessene Stellung in der Volkswirtschaft ein; sie sind allerdings nicht so naiv, anzunehmen, daß alle differierenden Fragen zwischen Unternehmern und Arbeitern durch bloße Aussprachen behoben werden könnten. Zeitweise werden auch größere Differenzpunkte durch Anwendung von Machtmitteln zum Austrag gebracht werden müssen. Das hat aber keineswegs zur notwendigen Konsequenz, daß sich Unternehmer und Arbeitgeber unausgesetzt und dauernd als zwei feindliche Heerlager gegenübersehen. Die christlichen Gewerkschaften sind bereit, der extremen Klassenkampfdoktrin der Sozialdemokratie entgegenzuwirken, entgegenzuarbeiten; Sache der Arbeitgeber aber muß es andererseits sein, diese Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften nicht zu erschweren.“

Diese entschiedenen und programmatisch scharfen Darlegungen des Zentralblattes haben inzwischen schon ein lebhaftes Echo in der Öffentlichkeit geweckt. So meint z. B. die „Post“, durch die Darlegungen des Zentralblattes solle innerhalb der christlichen Gewerkschaften der tatsächlichen Wendung ins sozial-

demokratische Fahrwasser . . . endlich Gehalt getan werden“ und der Umstand, daß sich die „Post“ überhaupt mit dieser Frage in ihrer Weise befaßt, war der sozialdemokratischen Presse Anlaß genug, von einer „soralichen Liebeserklärung“ des „brutalsten Scharfmacherblattes“ an die „christlichen Gewerkschaften“ zu fassen. In einem folgenden Artikel wollten wir uns deshalb mit diesen „Stimmen“ noch besonders befassen.

Auf abschüssiger Bahn.

Die Anklaugerung der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung durch den sozialdemokratischen Parteiradikalismus macht andauernd weitere Fortschritte. Früher wurde dem Mißbrauch der Gewerkschaften durch das radikale Demagogentum aus Gewerkschaftskreisen hier und da noch ernstlicher Widerspruch entgegen gesetzt; heute merkt man davon so viel wie nichts mehr. Die wenigen „freien“ Gewerkschaftsführer, die das gefährliche dieses Zustandes erkennen und der zukünftigen Entwicklung auf dieser abschüssigen Bahn mit größter Sorge entgegen sehen, wagen sich mit ihren Bedenken nicht mehr hervor, sie dürfen es nicht wenn sie sich nicht einem rücksichtslosen Kesseltreiben und der Achtung aussetzen wollen. Die unrichtliche, wenn auch nicht minder unverdiente Abhakterung des Korrespondentredakteurs Reyhäuser ist ein zurzeit noch aktueller Beweis dafür.

Und so schweigen sie denn, die „großen“ Führer der noch größeren Gewerkschaften, lassen sich als Vasallen der Partei gebrauchen, und „prägen“ (deutsche Holzarchitektur Denkhardt) ohne zu merken, sie spielen freiwillig oder gezwungen die Handlanger eines unverantwortlichen Demagogentums. Die sogenannte „freie“ Gewerkschaftsbewegung gerät aber infolgedessen in ein Fahrwasser, das den Ruin der praktischen Gewerkschafts- und Gewerkschaftsbewegung herbeiführen, und so eine schwere Gefahr für die arbeitende Bevölkerung überhaupt in sich schließen muß. Selbst revisionistische Führer und Organe, die sonst doch in vielen Fragen im offenen Gegensatz zum Radikalismus stehen, machen die Radikalisierung der Gewerkschaften ruhig mit, ja leisten ihr noch direkt oder indirekt Vorkurs.

Ein Beweis dafür ist ein Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften“ (23. Heft 1910) anzuführen, worin ein holländischer Genosse Hendrik Spielmann unter der Ueberschrift: „Was eine gewerkschaftliche Organisation zu leisten vermag“, den sozialistischen Diamantarbeiterbund in Amsterdam und dessen Erfolge verherrlicht und ihn als Vorbild in der internationalen Arbeiterbewegung hinstellt. Veranlassung und Ausgangspunkt des Artikels ist der letzte „Erfolg“ dieser Organisation, nämlich ein Ereignis, „das wohl Erstaunen, ja sogar Bestürzung hätte erregen können“, wenn das bei den Diamantarbeitern überhaupt noch möglich wäre. Die im „Allgemeinen niederländischen Diamantarbeiterbund“ organisierten Arbeiter (zirka 10000) hatten im Frühjahr 1910 beschloffen, im August Ferien einzuführen, auch gegen den Willen der Unternehmer.

Als dann der August herangekommen war, wurden einfach sämtliche Diamantschleifereien in Amsterdam eine Woche lang still gelegt.

Spielmann erzählt dann weiter, daß die „Arbeiter“ schon andern Tags sozialistische Vieder singend, durch Holland und Belgien bis nach Vütich und Brüssel gewandert seien. Er stellt dann die Frage, was nun das Erschrockene und Merkwürdige an diesem Ereignis sei, „was die Kraft der Arbeiterbewegung verrät und die Hoffnung auf eine gute Zukunft erweckt?“ Die Tatsache der Ferien selbst sei es nicht, sondern daß

„diese Arbeitsruhe lediglich durch den Beschluß der Organisation eingeführt wurde, ohne Gutheißung der Unternehmer, und zwar für die ganze Arbeiterschaft im Betrieb, also für ungefähr 10000 Arbeiter und Arbeiterinnen: Das ist das Neue und Eigenartige dieses Geschehnisses.“

So wurde zum erstenmal in Holland, ja vielleicht zum erstenmal in der internationalen Arbeiterbewegung überhaupt, ein ganzer Betriebszweig stillgelegt, damit die Arbeiter, und zwar sämtliche, wenigstens einmal eine Woche lang die ewige Arbeit ruhen lassen und in die Sommerfrische gehen könnten.“

Der Verfasser bestreitet dann ausdrücklich, daß hier eine „direkte Aktion“ vorliege, sondern rühmt in Gegenteil die gewerkschaftliche „Vorziht, Bedingtheit und Zuverlässigkeit“ des Diamantarbeiterbundes, der dieses Ereignis zur Wahrheit gemacht habe.

Welche heillose Verwirrung müssen die sozialistischen Ideen in den Köpfen solcher Leute angerichtet haben, daß sie zu solchen Schlußfolgerungen kommen können, daß sie solche Aktionen als vorbildliche Heldentaten darstellen. Die Forderung nach Arbeiterferien mag an sich durchaus berechtigt sein. Aber die Art der Durchführung und Lösung dieser Forderung durch den Amsterdamer sozialistischen Diamantarbeiterbund widerspricht allen gewerkschaftlichen Grundgesetzen, hat mit der regulären Selbsthilfe organisierter Arbeiter keine Gemeinschaft mehr. Wenn die Diamantarbeiter zur Erringung der Ferien in Verhandlungen mit den Unternehmern, und wenn die versagten, in einen gerechtem Streit eingetreten wären, so würde man nichts unrechtes oder unerlaubtes darin finden können. Dann wäre ja auch

das „Erschrockene und Merkwürdige“, das „Neue des Ereignisses“ nicht vorhanden. In dieser angewandten Form aber stellt sich der Fall als ein ungeheurer Mißbrauch der in der Organisation verkörperten Machtmittel dar, der in anderen Gewerben zu den verhängnisvollsten Komplikationen führen müßte. Denken wir uns nur, die Organisationen der Bäckergehilfen, der Fleischer, der Arbeiter der Wasser- und Lichtanlagen oder der Verkehrsmittel, der Ärzte, Apotheker würden einfach durch Beschluß eine Woche lang die Betriebe still legen und in die Sommerfrische gehen, welche Folgen müßte das für den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organismus haben! Die Konsequenzen sind gar nicht auszudenken, es wäre Anarchie, Auflösung der gesellschaftlichen Ordnung.

Wenn solche „Erfolge“, resp. die Organisationen, die sie errungen, dann auch noch in Deutschland als Vorbild für die internationale Arbeiterbewegung hingestellt werden, wie es in den „Sozialistischen Monatsheften“ geschieht, so ist es wahrlich nicht verwunderlich, wenn die Antipositivität und offene Verneinung gegen die Gewerkschaftsbewegung nur noch Nahrung erhält. Die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit aber hat den Nachteil davon, den Scharfmacher wird nur Wind in die Segel geblasen und die Kufern nach Ausnahmegeetzen gegen die Arbeiterschaft ein günstiger Resonanzboden geschafft.

Solche Vorbilder muß die vernünftig denkende, unverbesserte Arbeiterschaft Deutschlands ganz entschieden ablehnen. Der christlich-nationalen Arbeiterbewegung fällt die hochbedeutende Aufgabe zu, die verderblichen Strömungen des Radikalismus entgegen zu wirken und in den Arbeitermassen das Bewußtsein wach zu halten und zu vertiefen, daß wir bei der Hebung des Arbeiterstandes, wenn auch entchieden, aber dennoch maßvoll vorgehen und die notwendigen Rücksichten auf das Allgemeinwohl nicht außeracht lassen dürfen.

Im vorhergehenden Artikel ist eingehend darauf gelegt, daß die christlichen Gewerkschaften den allernützlichsten Weg gehen, indem sie ihre ganze Arbeit mit den Interessen der Gesamtbevölkerung in Einklang zu bringen versuchen.

Wohin der überhandnehmende Radikalismus in sozialdemokratischen Gewerkschaftslager führt, zeigt die offene Disziplinbrüche und Palastrevolutionen, die wir besonders häufig in letzter Zeit im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband beobachtet konnten. Die noch in aller Erinnerung stehenden Auswüchse maßloser Demokratie und gewerkschaftlicher Disziplinlosigkeit in Steier, Mannheim, Pagen i. W., sowie die kürzlich erfolgte Maßregelung eines Gewerkschaftsbeamten in Hamburg sind sprechende Beweise dafür. Erstaunend fällt bei der letzteren Angelegenheit noch in die Waagschale, daß sich der Radikalismus hier indirekt gegen Anweisungen des Hauptvorstandes und gegen den Inhalt des Statuts richtet und geradezu blamabel wird die Geschichte dadurch, daß die Leitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes der drohenden Anarchie vollständig hilflos und machtlos gegenüber steht.

Für alle rechtstendenen, insbesondere für die christlich-nationalen Arbeiter sind das Warnungstafeln, abschreckende Beispiele. Wir wollen Ordnung und Disziplin auf allen Gebieten, auch im gewerblichen Leben unter allen Umständen hochgehalten wissen. Wir halten die dem Volke gemeinsame nationale Kultur für den einzig richtigen Boden für den Aufstieg des Arbeiterstandes.

Die von der Sozialdemokratie propagierte u. vom Amsterdamer Diamantarbeiterbund angewandte gewalttätige Methode läuft diesen Grundgesetzen schnurstracks zuwider. Und so scheiden sich unsere Wege von denjenigen der Sozialdemokratie, die auf der abschüssigen Bahn des Radikalismus der Arbeiterschaft das Heil verspricht, aber ihr nur zum Verhängnis werden muß, wenn sie ihre Ziele jemals erreichen würde.

England, Deutschland und Amerika.

(Fortsetzung statt Schluß.)

IV.

In dem Chaowellschen Buche wird dann zunächst die Fabrikgesetzgebung behandelt. Dabei kritisiert der Verfasser am Eingang das Manchesterium in Bezug auf die Industrieverhältnisse. Die Manchesterlehre, der Lehrsatz, daß sich wie im Staat, so auch in den Beziehungen von Arbeitgebern zu Arbeitnehmern alles am besten ohne Eingriff des Staates abwickelt, wird als verfehlt hingestellt. Zum maner denkende Arbeitgeber, die in ihren Betrieben bessere Arbeitsverhältnisse einführen, müßten benachteiligt oder ganz ausgeschaltet werden gegenüber Unternehmern mit einem weiten Gewissen.

So ist nach und nach mit dem Aufkommen der Industrie in England auch das Verdrängen entstanden, die größten Verhältnisse in den industriellen Betrieben zu beschaffen. Zunächst begann die Realisierung dieses Bestrebens mit dem Schutz der Jugendlichen. Die Jugerbdlichen vor allzu großen Gefahren der industriellen Ausbeutung zu schützen, war eine staatsverhaltende Notwendigkeit. Bereits am Ausgang des 18. Jahrhunderts machen sich in England Ansichten geltend, die darauf dringen, für die Jugendlichen in den Fabriken Schutzmaßnahmen

durchzuführen. Diese Gedanken fanden ihren Niederschlag in einem Gesetz vom Jahre 1802, in dem für die Lehrlinge eine Höchstarbeitszeit von 12 Stunden und die nach und nach durchzuführende Abschaffung der Nachtarbeit festgesetzt wurden. Ein allgemeiner Schutz für die Jugendlichen und eine Beschränkung deren Arbeitszeiten trat erst viele Jahre später ein. Langsam wurden dann noch weitere Schutzmaßnahmen in den englischen Fabriken durchgeführt: die Frauen wurden in den Arbeiterschuß einbezogen, es wurden spezielle Arbeitsstände in besonders gefährlichen Betrieben beseitigt, es wurden allgemeine sanitäre Vorschriften erlassen, Bestimmungen über Lohnzahlungen und über andere Gegenstände eingeführt, der Frauen- und Kinderschutz verschärft und Bestimmungen, die vorher nur für einzelne Gewerbe bestanden, auf andere Gewerbe ausgedehnt.

Dann geht Chadwell auf die speziellen Arbeiterschutzgesetze der drei Länder ein. Da wir beim Leser die Kenntnis der Arbeiterschutzgesetze in Deutschland wenigstens in ihren Grundzügen voraussetzen und da diese Schilderung nicht allzu lang werden soll, so müssen wir uns genügen lassen, auf die Verhältnisse in England und Amerika — und auch hier nur kurz — einzugehen.

Kinder dürfen in englischen Fabriken nur im Alter über zwölf Jahren beschäftigt werden und von diesem Alter bis zum 14. Lebensjahre auch nur einen halben Tag, oder, wenn den ganzen Tag, nur mit Zwischenpausen von einem freien Tage. Doch besteht die Ausnahme, daß Kinder von mindestens 13 Jahren als Personen von mehr als 14 Jahren betrachtet werden, wenn sie den schriftlichen Nachweis einer gewissen ausreichenden Schulbildung erbringen. Die Arbeitszeit muß zwischen 6 Uhr morgens und 8 Uhr abends liegen, ohne Arbeitspausen darf die Arbeitszeit nicht mehr als 4½ Stunden in Textilfabriken und nicht mehr als 5 Stunden in anderen Fabriken ausmachen. Für Jugendliche von 14 bis 16 Jahren wird auch noch ein Tauglichkeitsattest verlangt, im übrigen bestehen für alle Jugendlichen von 14—18 Jahren so ziemlich dieselben Bestimmungen, wie für die Frauen. Für weibliche Personen (und für die erwähnten Jugendlichen bestehen in England Vorschriften, wonach die Arbeitszeit nur von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends (oder von 7—7 Uhr) liegen darf, in Textilfabriken muß den Arbeiterinnen eine Mittagspause von mindestens 2 Stunden, in anderen Fabriken mindestens eine solche von 1½ Stunden gewährt werden. An den Sonnabenden muß die Arbeitszeit für Frauen und Jugendliche um 3 Uhr, höchstens um 4 Uhr beendet sein. Durch diese Bestimmungen ist die wöchentliche Arbeitszeit in den englischen Textilfabriken praktisch auf 55 Stunden beschränkt. Die Beschäftigung von weiblichen und jugendlichen Personen an den Sonntagen ist verboten. In verschiedenen Betriebsarten ist der Aufenthalt in den Fabrikräumen während der Stillenpausen ausdrücklich verboten, verboten ist auch die Beschäftigung von Frauen bei der Kaspinnerei, die Einstellung von Mädchen unter 16 Jahren bei der Herstellung von Ziegeln, bei der Herstellung des Salzes, und an gefährlichen Maschinen.

Im allgemeinen gelten noch folgende Bestimmungen. Die Betriebe müssen stets sauber sein, Klosettanlagen dürfen sich nicht unangenehm bemerkbar machen, die Anzahl der in den Arbeitsräumen tätigen Personen darf im Verhältnis zum Raum und zur Betriebsart nicht zu groß sein, die Arbeitsräume müssen so viel Ventilation haben, daß der Staub nicht allzu sehr aufkommen kann. Nach diesen Grundzügen bestehen besondere Bestimmungen, auf die einzugehen zu weit führen würde. Von Wichtigkeit ist noch folgender Paragraph in der englischen Fabrikgesetzgebung. Er lautet: „Wenn der Staatssekretär der Ueberzeugung ist, daß irgend ein Fabrikationszweig, Maschine, Material oder Handarbeitsprozeß in Fabriken oder Werkstätten der Gesundheit gefährlich oder nachteilig oder nachteilig oder gefährlich für einzelne Körperteile ist sowohl im allgemeinen oder für Frauen und Kinder, oder für eine sonstige Klasse von Personen, so kann er diese Fabrikation oder Maschine, dies Material oder diesen Handarbeitsprozeß für gefährlich erklären und der Staatssekretär kann darauf, in den Grenzen der Bestimmungen dieses Gesetzes, Vorschriften erlassen, welche ihm praktisch durchführbar und den jeweiligen Erfordernissen angemessen erscheinen.“ Soweit Bestimmungen dieser Art in Betracht kommenden Fabriken an sichtbarer Stelle angeschlagen werden. Derartige Verordnungen sind so zahlreich, daß wir hier nicht alle die Betriebsarten anführen können, in denen sie Gültigkeit haben. Die Einrichtung der Fabrikinspektion ist in England wohl nicht viel anders, als bei uns im Deutschen Reich.

Bei Nordamerika muß von vornherein hervorgehoben werden, daß dort die Arbeiterschutzgesetzgebung noch weit zurück und sehr unentwickelt ist. Es gibt Einzelstaaten, in denen noch so gut wie keine Schutzgesetze bestehen. Am besten dürfte die Arbeiterschutzgesetzgebung noch im Staate Massachusetts gerettet sein. Dort dürfen Kinder unter 14 Jahren weder in einer Fabrik, noch in einer Werkstatt oder in einem kaufmännischen Betriebe beschäftigt werden. Auch noch bei Jugendlichen bis zu 16 Jahren bestehen wesentliche Einschränkungen

und Personen bis zu 18 Jahren dürfen nicht tätig sein in gesundheitsgefährlichen Betrieben. Ferner darf die wöchentliche Arbeitszeit von jugendlichen Personen und von Frauen 8 Stunden nicht überschreiten; ebenso ist für diese Kategorien die Nachtarbeit verboten. Im übrigen ähneln die Bestimmungen über Reinhaltung der Arbeitsräume usw. den englischen Bestimmungen. Bemerkenswert erscheint noch, daß der Fabrikinspektor bei der Errichtung von Gebäuden, die mehr als zwei Stockwerke hoch sind, mit zu entscheiden hat. Die Räume müssen wöchentlich ausgeputzt werden. Für alle Arbeiter, die vom Staat, von einer Provinz oder von einer Stadt beschäftigt werden, gilt die neunstündige Arbeitszeit.

Weniger weitgehend, aber immer noch ziemlich fortschrittlich sind die Arbeiterschutzbestimmungen in Pennsylvania. Dagegen sind z. B. die Arbeiterschutzgesetze noch sehr wenig ausgebaut in Südkarolina und, was der Verfasser nicht anzuhel, in Indiana. Die anderen Staaten nehmen Zwischenstellungen ein, manche nähern sich dem Typ Massachusetts, andere dem Typ Südkarolina.

(Schluß folgt.)

Arbeiterinnen und Organisationsfrage.

Von den über zwei Millionen (2 103 924) Frauen, die nach der letzten Berufszählung als Selbstständige, Angestellte und Arbeiterinnen in der Industrie tätig sind, dürfte etwa 1½ Millionen auf die letztere entfallen, wobei die in der Hausindustrie beschäftigten Arbeiterinnen eingerechnet sind. Der größte Teil von ihnen wird beschäftigt in der Textilindustrie, der Industrie der Bekleidung und Reinigung sowie der Nahrungsmittelindustrie. Aber auch in anderen Industriezweigen weisen die Frauen neben den Männern noch ansehnliche Prozentzüge auf. Während aber die gewerkschaftliche Organisationslage die männliche Arbeiterschaft in zunehmendem Maße erfasst, ist das bezüglich der Arbeiterinnen in der Weise nicht der Fall. Von den 1½ Millionen Arbeiterinnen sind etwa 100 000 gewerkschaftlich organisiert, davon in den sozialdemokratischen Zentralverbänden 100 000, in den übrigen 20 000. Wenn wir die Metallindustrie im einzelnen heraus, so ergeben sich für die verschiedenen Organisationen folgende Mitgliederzahlen: Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband hatte Ende September dieses Jahres 20 097, unter christlicher Metallarbeiterverband 458, der Hirsch-Dunckerische Gewerbeverein 158 weibliche Mitglieder. Die Sozialdemokratie und ihre Organisationen haben es also am besten verstanden, erwerbstätige Frauen und Mädchen in ihre Organisationen hineinzuziehen.

Fragt man sich weshalb, so ist zunächst zu berücksichtigen, daß die Sozialdemokratie früh mit der Organisation begonnen hat. Schon unser Sozialistengesetz suchte man Frauen in Arbeiterinnenschutz- und Bildungsvereinen zu sammeln. Zwischen 1888 und 1892 entstanden die sozialistischen Frauenvereine, Bildungsvereine, Arbeiterinnenschutz- und Berufsvereine in einer Reihe von Großstädten. 1891 bereits wurde „Die Gleichheit“ gegründet, das heutige sozialistische Frauenorgan, das von Anfang an sein Augenmerk auf die gewerkschaftliche Erfassung der Arbeiterinnen richtete. Als nach dem Fall des Sozialistengesetzes die Sozialdemokratie wieder ihre Parteitage abhalten konnte, besaßen sich diese mit der gewerkschaftlichen Frauenfrage. Es fanden besondere Zusammentünfte der weiblichen Delegierten statt, die sich später auswuchsen zu besonderen Frauenkonferenzen, wie sie 1900, 1902, 1904, 1906 und 1908 jeweils vor Eröffnung des offiziellen sozialdemokratischen Parteitag stattfanden. Die sozialistische Frauenbewegung arbeitete nach einheitlichem Plane mit ausgedehntem Agitations- und Organisationsapparat. Frauenbildungsvereine und besondere Diskussionsabende schulten ein kleines Heer von Agitatoren heran. Die Bildung von Beschwerdekommissionen und Kinderschutzkommissionen gab die Verbindung mit der gewerkschaftlichen Bewegung. So arbeiteten beide zusammen, für einander. In dieser Zeit stieg die „Gleichheit“ von 4000 Abonnenten im Jahre 1902 auf 82 000 im Jahre 1909. Dieser Zahl entspricht auch die Zahl der nunmehr in der sozialdemokratischen Partei politisch organisierten Frauen (1909: 82 642.). Mit und durch die politisch-sozialistische Frauenbewegung wuchs die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen auf sozialistischer Seite.

Wie kommt es nun, daß wir auf christlicher Seite so wenig Fortschritte in der gewerkschaftlichen Erfassung der Arbeiterinnen machen? Der erste Grund ist der: Es fehlt vor allen Dingen an überzeugten Helfern und Helferinnen! Es gibt Leute, die mit Herz und Hand dabei sind, wenn es gilt, die gewerkschaftliche Organisation der männlichen Arbeiter zu fördern, die aber still ein Fragezeichen machen, wenn es um die Arbeiterinnen geht. Die eigentliche Bestimmung der Frau ist ja eigentlich nicht die Fabrik, sondern das Haus, die Familie,“ sagen sie. Alles recht. Aber einseitigen sind 1½ Millionen unserer Frauen und Mädchen Lohnarbeiterinnen, für ein Jahrzehnt jeweils, wenn es gut geht; ein Teil bleibt es sogar das Leben hindurch. Man bedachte

nur, daß nach neuerlichen Feststellungen Helene Simons in ihrer dankenswerten Schrift: „Der Anteil der Frau an der deutschen Industrie“ weit über eine halbe Million Arbeiterinnen auf das Alter von 14 bis 16 Jahren kommt, fast ebenso viele stehen im Alter von 20 bis 30 Jahren über 100 000 Vermählte und Geschiedene sind bauernd in der Industrie tätig. Dabei haben sich im letzten Jahrzehnt die Bedingungen der industriellen Erwerbsarbeit der Arbeiterinnen nach der Richtung hin verschlechtert, als die Zunahme der Arbeiterinnenbeschäftigung im wesentlichen auf die ungelernete Arbeit entfällt. Wo eine Verdrängung der Arbeiter durch Arbeiterinnen stattfindet, geschieht es auf den untersten Stufen der Berufsleiter in der Hausindustrie und in der ungelernen Arbeiterschaft. Eine derartige Entwicklung bringt nicht nur eine Steigerung der spezifischen gesundheitlichen und sittlichen Gefahren für unsere Arbeiterinnenwelt mit sich, sondern ist auch geeignet, für die Allgemeinheit, die gesamte Volkswirtschaft Folgen nach sich zu ziehen, die für diese auf die Dauer mehr wie verzerrend wirken müssen.

Dies anzugreifen, ist Sache der Arbeiterschutzgesetzgebung. Aber diese allein genügt nicht, die Selbsthilfe in Form der gewerkschaftlichen Organisation muß hinzukommen, die den Willen hat und die Kraft, überall nach dem Rechten zu sehen. Nach dieser Richtung hin ist nicht zu übersehen, daß die Arbeiterinnenfrage in hohem Maße auch eine wirtschaftliche Frage ist. Die erwerbstätigen Frauen und Mädchen stehen auch in Konkurrenz mit dem Manne. Sie können Lohnrückstände werden und dadurch schlimme Zustände noch schlimmer machen. Darum ist auch die Einbeziehung der Arbeiterinnen in die Gewerkschaften so notwendig und wichtig. Sie gehören mit zum Gewerbe, zur Industrie, sie haben mitzuarbeiten an der Neugestaltung der Verhältnisse, was erfordert das Wohlwollen der betreffenden Industrie wie der Gesamtheit. Speziell in unserem Gewerbe, der Metallindustrie, gibt es auf diesem Gebiet noch eine ebenso notwendige wie bedeutungsvolle Arbeit zu leisten. Wir wollen es nicht leugnen, daß unsere Kollegen in der Agitation unter den weiblichen Berufsgenossen zu wenig getan haben. In Zukunft muß das anders werden. Neben der rührigen Werbearbeit unter den männlichen und jugendlichen Metallarbeitern muß die Agitation unter den Berufskolleginnen mit demselben Eifer und Nachdruck überall betrieben werden, wo weibliche Arbeitskräfte in unserm Gewerbe Verwendung finden. Hier gilt der bekannte Grundsatz: Das eine tun und das andere nicht lassen.

Der Arbeitsmarkt in der Metallindustrie.

(Monat Oktober 1910.)

Metall- und Maschinenindustrie.

Die Roheisenerzeugung wird nach Berichten aus West-, Ost- und Mitteldeutschland verschieden beurteilt. Während ein Bericht aus Süddeutschland die Lage als unverändert schildert, sprechen zwei Berichte aus Westdeutschland von einer leichten Verschlechterung. Nach den Berichten des Stahlwerksverbandes waren die Verbandswerte im Oktober etwas besser beschäftigt als im September und der Versand (459 449 T. Rohstahlgewicht) übertraf den des Vormonats um 10 367 T. Die Beschäftigung der Werke war umfangreicher als im Oktober des Vorjahres und der Versand 38 555 T. höher. Die sächsische Erayl- und Walzwerkindustrie hatte vertriebend zu tun, der Eingang von Aufträgen für Spezialartikel war zufriedenstellend, und sämtliche Walzenstraßen waren voll beschäftigt. Weder Ueberarbeit noch Verkürzung der Arbeitsdauer waren erforderlich, an Arbeitskräften herrschte ein geringes Ueberangebot.

Die Beschäftigung in der Herstellung nachlöser Röhren war nach einem Bericht aus Westdeutschland im vergangenen Monate gut, und im Vergleiche zur selben Zeit des Vorjahres besser.

Der Geschäftsgang in den Betrieben für Nickelwalzprodukte und Nickelwaren befriedigte und ersucht gegen den Vormonat keine Verschlechterung.

Die Feingießereien waren im allgemeinen befriedigend und gleich gut als im vergangenen Monate beschäftigt. Im allgemeinen genügte das Angebot von Arbeitskräften, nur ein Bericht bemerkt, daß gute Former schlecht zu bekommen seien. Die Berichte aus Leipzig sprechen noch immer von einem Mangel an Arbeitern, als Folge der noch nicht aufgehobenen Sperrung des Arbeitgebernachweises.

Die oberösterreichische Drahtindustrie zeigte im Berichtsmonat gegenüber dem Vormonat eine kleine Besserung; dagegen im Vergleiche zum Vorjahr einen immer noch erheblichen Rückgang. Die im Vormonat eingelegten Feilerarbeiten konnten wenn auch nicht gänzlich beseitigt, so doch vermindert werden.

Die Drahtstiftfabrikation war nach zwei Berichten genügend mit Aufträgen versehen, dagegen fragte ein dritter über unbefriedigenden Geschäftsgang.

In der Kleinindustrie wird die Beschäftigung je nach dem Fabrikationszweige ver-

schieden beurteilt. Die Beschäftigung in der Fabrikation von Schrauben, Muttern, Nieten usw. ist im Berichtsmonat etwas zurückgegangen, trotzdem war sie immer noch besser als im Vergleich zur selben Zeit des Vorjahres. Ueber schlechte Verkaufspreise wird geklagt. Gleichmäßig ruhig war der Geschäftsgang in der Werkzeugfabrikation; in Baubeschlüssen und Bauartikeln war der Geschäftsgang für September und Oktober flotter als im Vergleich zu dem vorausgegangenen Monat, als Folge der nach der Beendigung des Bauarbeiterstreiks wieder lebhafter einsetzenden Bautätigkeit. In der Schriftpapierfabrikation und Messinglinienfabrikation hat sich das Geschäft während des Berichtsmonats weiter gehoben. Die Arbeiter waren voll beschäftigt, es war nötig, Ueberstunden einzulegen. In der Herstellung von Hans- und Wuchengeräte, Blech-, Lackier- und Metallwaren hat sich noch ein Bericht aus Süddeutschland im Vergleich zum Vormonate nichts geändert.

Nach einem Bericht aus Westdeutschland war für Kupfer und Messing in Blechen, Stangen und Drähten die Beschäftigung unverändert gut und im Vergleich zum Vorjahr um diese Zeit besser.

In der Gold- und Silberwarenfabrikation lag das Geschäft nach zwei Berichten aus Berlin befriedigend.

Im allgemeinen Maschinenbau läßt sich die Beurteilung aus den eingegangenen Berichten zusammenfassen, daß der Geschäftsgang befriedigte. In der Fabrikation von Dampfmaschinen, Armaturen usw. reichte die Beschäftigung aus.

Die Lage im Eisenkonstruktionsbau kann im allgemeinen als gut bezeichnet werden, nur zwei Berichte äußerten sich ungünstig. Die eine Fabrik sah sich genötigt, um Arbeiterentlassungen zu vermeiden, einen Teil ihrer Arbeiter nur 6 3/4 Stunden täglich arbeiten zu lassen.

Soweit Berichte über Hebezeuge und Transportanlagen vorliegen, äußern sie sich in der Mehrzahl zufriedenstellend.

Die Lage in der Industrie der Maschinen für die Textilindustrie befriedigte. Ein Bericht aus Westdeutschland beobachtete eine bedeutende Verschlechterung als Folge der allgemeinen Niederlage des Geschäfts in der Baumwollindustrie.

Die Industrie für landwirtschaftliche Maschinen hatte wohl unter einem kleinen Rückgang, der sich aus der Jahreszeit ergibt, zu leiden, ist aber immer noch im allgemeinen gut beschäftigt.

Die vorliegenden Berichte aus dem Lokomotivbau äußern sich verschieden. Aus Süddeutschland wird die Lage als unverändert im Vergleich zum Vormonat bezeichnet. Ein westdeutscher Bericht spricht von einer Zunahme der Beschäftigung im Vergleich zum Vormonat, einer aus Ostpreußen spricht von einer weiter notwendigen Einschränkung des Betriebes. Hier wurde durch Entlassung von rund 8 v. H. der Arbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit vermieden.

In der Automobilindustrie hielt sich der Geschäftsgang auf der gleichen Höhe des Vormonats.

Im Eisenbahnwagenbau war die Beschäftigung unbefriedigend. Eine Reihe von Fabriken sah sich veranlaßt, die Arbeitszeit um 1 1/2 bis 2 Stunden täglich zu kürzen.

Bei den an das Kaiserliche Statistische Amt berichtenden Betriebskrankenkassen aus der Hütten-, Metallverarbeitungs- und Maschinenindustrie, die 554884 männliche und 38195 weibliche Mitglieder umfassen, ergab sich für männliche und weibliche versicherungspflichtige Mitglieder abzüglich der Kranken eine Zunahme von 18181. In Rheinland und Westfalen nahmen die männlichen Mitglieder ab. Bei den gleichfalls berichtenden Innungs- und Krankenkassen der Metallverarbeitung und Maschinenindustrie, die 12552 männliche und 220 weibliche Mitglieder umfassen, ergab sich eine Abnahme der männlichen Mitglieder (-166); bei den weiblichen Mitgliedern trat kaum eine Veränderung ein (+4).

Elektrische Industrie.

Die Industrie für Dynamomaschinen, Elektromotoren und Transformatoren hatte im ganzen gut zu tun. Außerordentlich stark war eine Fabrik für Straßenbahnmotoren aus Groß-Berlin beschäftigt bei weitem stärker als im gleichen Monate des Vorjahres und ungefähr in gleicher Höhe wie im Vormonate. Mit Ausnahme der gelerntsten Metallarbeiter war ein starkes Ueberangebot vorhanden. Die in einer Abteilung eingelegte zweite Schicht mußte aufrecht erhalten werden; in einer anderen Abteilung wurden noch verschiedentlich Ueberstunden eingelegt.

Die Firmen für Isoliermaterial, Drähte und Kabel waren stark beschäftigt und mußten mit Ueberstunden arbeiten.

Befriedigend lag das Geschäft für elektrische Beleuchtungsgegenstände. Das war gut für die Industrie der Fernsprechapparate.

Der Geschäftsgang der Industrie elektrischer und galvanischer Kohlen zeigte nach einem Bericht aus Süddeutschland gegenüber dem Vormonate keine Veränderung.

Das Geschäft für elektro-medizinische Apparate befriedigte.

Aus der elektrischen Industrie liegen die Berichte der Betriebskrankenkassen mit 4876 männlichen und 1173 weiblichen Mitgliedern vor, hier hat sich während des Monats Oktober die Zahl der männlichen Versicherungspflichtigen ohne Kranke um 707, die der weiblichen um 603 vermehrt.

(Reichsarbeits-Blatt.)

Gewerkschaftliches.

Die christlichen Gewerkschaften Hollands

haben am 16. und 17. November in Rotterdam ihren zweiten Kongress abgehalten. Im Mai vorigen Jahres wurde zu Utrecht von Delegierten verschiedener christlicher Berufsverbände beschloffen, sich nach deutschem Muster zu einem Gesamtverbande zu vereinigen. Am 10. November 1909 fand dann bereits der erste Kongress des „Christelijk National Vakverbond“ zu Rotterdam statt, der einen ausregenden Verlauf nahm. Daß inzwischen die Idee der christlichen Gewerkschaftsbewegung in Holland Fortschritte gemacht hat, zeigte der Verlauf des soeben stattgefundenen zweiten Kongresses. Die Tagesordnung enthielt außer der Regelung der geschäftlichen Angelegenheiten Referate über die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit, über die Reform des Arbeitsgesetzes sowie über den Gesetzesentwurf betr. die Straftatensicherung. Vertreten waren 12 Organisationen durch 36 Delegierte, als Gäste waren anwesend ein Vertreter der Bauarbeiter aus Friesland, ein Vertreter der Schuharbeiter aus Langstraat und von deutscher Seite Gewerkschaftssekretär Parich aus Herzogenrath.

In der Eröffnungsrede konnte der Vorsitzende Die mer (Rotterdam) mit Genugtuung feststellen, daß die 17monatige Tätigkeit des „Christelijk National Vakverbond“ keine vergebliche gewesen sei. Die „Vids“ (das Zentralorgan, analog dem Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands) hat es bereits zu einer Auflage von 1600 St. gebracht. Die Mitgliederzahl der angeschlossenen Verbände betrug pro September 6654. Von zwei größeren Verbänden steht in nächster Zeit der Beitritt zum Gesamtverbande in Aussicht. Es sind dies der Verband der Gemeindearbeiter und der Verband des Eisenbahn- und Transportpersonals.

Der Bericht des Schriftführers Stius (Enschede) wies nach, daß noch ganze Bezirke als jungfräulicher Boden für die christliche Organisation in Holland brach liegen. Die allgemeinen Arbeitervereine sollen nicht unsere Gegner sein, leider ist dies zum Teil der Fall. Wir betonen ausdrücklich, daß es für den christlichen Arbeiter nicht genügend ist, der christlichen Berufsorganisation anzugehören, sondern er muß auch Mitglied eines konfessionellen Arbeitervereins sein.

In einem Referat Bielenmans (Deerlen) wurde die Bedeutung der Jugendorganisationen behandelt. Nach einer längeren Aussprache über Mittel und Wege zur Lösung der Jugendfrage wurde die Einführung von Jugendabteilungen in den einzelnen Verbänden beschloffen; ferner wurde der Vorstand beauftragt, die Herausgabe eines Jugendorgans vorzubereiten. Der Vertreter der Landarbeiter aus Friesland wies auf die verbesserungsbedürftige Lage seiner Berufskollegen hin. Der Kongress beschloß einstimmig, demnächst mit aller Energie für eine Verbesserung der Lage der Landarbeiter in Friesland einzutreten, damit war der erste Verhandlungstag beendet.

Das Referat Stius (Enschede), wonit die Verhandlungen am zweiten Tage eingeleitet wurden, behandelte die Notwendigkeit der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit. Die Ausführungen gingen dahin: 10stündiger Arbeitstag, oder, wo dies wegen der Betriebsverhältnisse nicht möglich ist, 8 v. H. im Schiffs- oder bei der Bäckerei usw., 60stündige Arbeitszeit pro Woche.

Hütten (Zyllburg) behandelte die Frage des gesetzlichen Arbeitsschutzes. Eine im Sinne der Ausführungen des Referenten gehaltene Resolution wurde einstimmig angenommen, worin u. a. Verbot der Kinderarbeit unter 14 Jahren, Schutz der weiblichen Arbeit, zwei Ferientage im Jahre unter Weiterzahlung des Lohnes gefordert werden.

Das letzte Referat, welches vom Vorsitzenden Diemer erstattet wurde, behandelte die Krankenversicherung. In demselben wird die Zwangsversicherung aller Lohnarbeiter im Sinne der bewußten Krankenversicherung veranlagt. Hiermit waren die Verhandlungen des Kongresses beendet.

In einer beifällig aufgenommenen Rede gab der als Gast anwesende Gewerkschaftssekretär Parich (Herzogenrath) seiner Genugtuung Ausdruck über das Resultat der Verhandlungen. Der Streit um die Organisationsform ist in Holland erledigt. Hier hat der erste Kongress im vergangenen Jahre sich für Zentralverbände ausgesprochen. Jetzt gilt es, die Bewegung zu vertiefen und weiter auszubauen.

Ostdeutscher Verband der kathol. Arbeitervereine

Im Osten Deutschlands haben sich in den letzten Jahren eine Anzahl katholischer Arbeitervereine wegen der gegenläufigen Anschauung in der Gewerkschaftsfrage vom Berliner Verband getrennt und in der Zwischenzeit günstig weiter entwickelt. Auf dem am 13. November in Danzig stattgefundenen Delegiertentage der katholischen Arbeitervereine des Danziger Bezirksverbandes wurde von den anwesenden 70 Delegierten einstimmig beschloffen, vorbehaltlich der Zustimmung des Königer und des Reichs Bezirks sofort offiziell einen Ostdeutschen Verband der katholischen Arbeitervereine zu gründen.

Der Zweck des neuen Verbandes ist der Zusammenschluß aller derjenigen katholischen Arbeitervereine des Ostens, die sich dem Berliner Verbande angeschlossen. Zum Danziger Bezirk gehören 25 Vereine mit rund 7000 Mitgliedern. Der Königer Bezirksverband und der Reichs Bezirk umfassen ungefähr dieselbe Zahl, so daß der Ostdeutsche Verband rund 15000 Mitglieder zählen wird. Generalsekretär des Verbandes ist bis auf weiteres der jetzmalige

Bezirkspräsident der katholischen Arbeitervereine der Diözese Kulm zuzett Generalvikar Schärmer (Pöhlitz). Verhandlungen über die „Ostdeutsche Arbeiterzeitung“, die in Rößke erscheint. Wie aus dem von Bezirkspräsident Pfarrer Terwagel (Danzig) erstatteten Bericht hervorging, ist der Stand des Danziger Bezirksverbandes ein recht guter. Es sind im letzten halben Jahr fast 1000 Mitglieder gewonnen worden, die meisten davon in der Stadt Danzig selbst, nachdem der große Verein nach Pfarreien geteilt wurde. Nach kurzer Beratung wurde beschloffen, mit der Versicherungsgesellschaft Rheinland einen Vertrag abzuschließen, wodurch den Mitgliedern verschiedene Vorteile geboten werden. Zahlstellen der Generalsekretäre Leo in Köln sollen nach Möglichkeit in allen Vereinen eingerichtet werden.

Wir richten an unsere katholischen Mitglieder im Osten die dringende Bitte, sich nicht nur den katholischen Arbeitervereinen des ostdeutschen Verbandes anzuschließen, sondern auch dessen Stärkung und Ausbreitung mit allen Kräften fördern zu helfen.

Kongress-Kapenjanmer.

Anfang November haben die sozialistischen Metallarbeiterorganisationen in Birmingham in England ihren 6. internationalen Kongress abgehalten. Daß die nichtsozialdemokratischen Metallarbeiterverbände an diesen Kongressen nicht beteiligt sind, werden sie nicht nur leicht vermerken, sondern sogar mit Genugtuung empfinden, wenn man die Berichte über die Verhandlungen näher verfolgt. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ Nr. 18 bringt eine Nachlese von diesem Kongress aus der Feder eines Teilnehmers, die zwischen den Zeilen den richtigen Kapenjanmer durchblicken läßt. Eingangs heißt es schon:

„Das Ergebnis des Kongresses? Täuschen wir uns darüber nicht; es ist recht mager, und daß dies so ist, liegt nur an unserm engl. Kollegen. Wer das engl. Gewerkschaftswesen kennen gelernt hat, wird sich allerdings nicht darüber wundern. Derselbe selbstgenügsame Geist, der die Zerstückelung in Hunderte von Branchen-, Distrikts-, und Lokalorganisationen begünstigte, führte auch zur nationalen Abschließung der britischen Gewerkschaften und es mag sehr wohl zutreffen, daß erst dann auf eine bessere internationale Betätigung der britischen Metallarbeiter zu hoffen ist, wenn die nachgelagerten nationalen Zerstückelung aufgehört haben oder wenigstens doch stark gemindert sein wird.“

Und weiter unten wird gemurmelt: „Einen deutlichen Beweis dafür, daß das Interesse und die Aufmerksamkeit unserer britischen Kollegen in bezug auf internationale Solidarität noch sehr zu wünschen übrig lassen, bot der Kongress selbst. Während seiner ganzen Dauer und sogar während der Abendfeier haben wir kein einziges Birminghamer Gewerkschaftsmitglied gesehen. Und dabei gibt es in Birmingham einschließlich der Frauen im ganzen 80000 Metallarbeiter, davon 40000 organisierte. Da nun Frauen vielfach von der Organisation ausgeschlossen sind, so werden die Männer wohl fast sämtlich organisiert sein. Und von all diesen hat kein einziger sich veranlaßt gesehen, dem Kongress auch nur eine Minute lang Aufmerksamkeit zu schenken.“

Das ist ja ein mehr wie trostloses Bild, das hier von dem Berichterstatter gezeichnet werden muß. Der Kapenjanmer über diesen Kongress wird nun damit zu verschweigen gesucht, daß man es im nächsten Jahre in Berlin besser machen will. Was liegt aber an dem Drum und Dran solcher Tagungen, wenn der praktische Erfolg gleich Null ist. Und bisher haben die sozialdemokratisch organisierten Metallarbeiter von praktischen Erfolgen noch nichts gesehen. Die Deutschen als der dumme Michel berappen lüchlig wie beim schwedischen Großstreik und die smarten Engländer halten die Taschen zu. Solidarität ist den Engländern wie Schnupfen. Wir danken für solche internationalen „Verbindungen“.

Zweierlei Maß.

Die sozialdemokratische „Metallarbeiter-Zeitung“ hat sich in ihrer Nr. 31 (1910) mit gut gespielter Entrüstung darüber aufgehalten, daß die Delegierten unserer Generalversammlung in Duisburg die Krupp'sche Friedrich-Alfred-Hütte besichtigten. Das Blatt war dreist genug, die Verdächtigung daran zu knüpfen, als ob der Vorgang eine „Anerkennung“ seitens der Firma Krupp für das Verhalten des christlichen Metallarbeiterverbandes sei. Unsere Antwort auf diese mehr wie kleinliche und gehässige Anrempelung in Nr. 32 dieser Zeitung war so gründlich ausgefallen, daß die „Met.-Ztg.“ in vieljagendes Schweigen hüllte. Die betreffende Zurechtweisung hatten wir überschrieben: „Der Reid der Besitzlosen“.

Daß wir mit diesem Stichwort den Nagel auf den Kopf getroffen hatten, wird nun in derselben „Met.-Ztg.“ (Nr. 48) eingestanden und bewiesen. In einer Nachlese vom Internationalen Metallarbeiterkongress (vergleiche die vorstehende Notiz) klagt der berichtserstattende Delegierte wie folgt:

„In Betrieben der Metallindustrie konnten wir in Deutschland leider nicht hineinkommen. Man hatte uns dagegen den Besuch einer großen, modern eingerichteten Baumwollspinnerei ermöglicht. Dieser Betrieb war ja auch recht interessant für uns, süßig aber doch nicht in unserm Fach.“

Wie gern hätten die „unentwegten“ Metallgenossen einen Betrieb der Metallindustrie besichtigt, aber „Leider“ konnten sie nicht hinein kommen. Da

nahmen sie in Manchester mit einer Baumwollspinnerei vorlieb. Doch ihr Schicksal wurde tags darauf gesüßt, in Widoesbrough durften sie sogar vier Stüttenberlebe befristigen Der Berichterstatter der „Met.-Ztg.“ erzählt darüber:

Der letzte der vier besichtigten Betriebe lag in South Bank bei Widdelsbrough; um ihn zu erreichen, mußte die Eisenbahn benutzt werden. Als wir in South Bank ankamen, umgeben wir in Droschken nach den Werken gefahren, wo auch ein Zombis für uns bereitstand. Unsere anfänglichen Bedenken, ob wir soviel Freundlichkeit von Unternehmern annehmen dürften, wurden durch den Kollegen Fall rasch überwunden, der sich dort benahm, wie wenn er da zu Hause wäre.“

Also genau dasselbe „Drum und Dran“ wie bei dem Besuch unter Kollegen auf der Kruppischen Friedrich-Wilhelm-Hütte, worüber sich die „Met.-Ztg.“ damals besonders moquiert hat.

Wo bleibt nun jetzt ihre Kritik und moralische Entrüstung? — Gilt's einfach nicht, denn es sind ja „Genossen“, die hier in Frage kommen. Und wie die ganze übrige sozialdemokratische Presse hat auch die „Met.-Ztg.“ stets zweierlei Maß bei der Hand, um solche Vorgänge abzumessen. Was den Begnern verboten, ist den Genossen erlaubt, was bei den Christlichen „Arbeiterverband“ und „Verbrecher“, ist bei den eigenen Genossen ein Verbrechen und eine große Tat. So doppelzüngig ist diese Presse, so tief ist sie schon gesunken. Und mit solchen Begnern müssen sich die christlichen Arbeiter herumschlagen!

Sozialdemokratische Erziehungsmethoden.

In unserer Nr. 46 vom 12. November verurteilten wir ganz entschieden die letzten Streitzugriffe von Moabit, Bremen, usw. und wiesen darauf hin, daß durch diese Vorgänge dem Scharfmachertum und nicht der Arbeiterklasse gedient werde. Aus dem betreffenden Artikel: „Wo soll's hinaus?“ druckt nun der „Vorwärts“, sozialdemokratisches Hauptorgan für Masseneinführung, unter der Titelmärke: „Nicht's ausbleiben!“ folgende zwei Sätze ab:

„Die Kravalle in Moabit, Bremen, Köln, und neuerdings wieder am Wedding im Norden Berlins waren Ausschreitungen rohesten Art. Sie sind um so viel schlimmer, als sie nur einer momentanen Erregung entsprungen, nein, der ganze Verlauf, und das Verhalten der Beteiligten zeigt die Erziehungsfrüchte der jahrelangen Verheißung der Massen durch die Sozialdemokratie.“

Der „Gerosse“, der seine geistige Tageskost — und insbesondere auch die „Wissenschaft“ über die oben angezogenen Vorgänge — nur aus der sozialdemokratischen Presse löst, wird es selbstverständlich auch dem „Vorwärts“ aufs Haar glauben, daß obiges Urteil nur eine „Nichtsnutzigkeit“ sei. Ja er tut noch mehr; er schwört auf die Zuverlässigkeit und Unfehlbarkeit seiner Presse und wenn sie ihm die abgefeimtesten Dinge zumutet. Welcher Art die Erziehungsmethoden im sozialdemokratischen Lager sind, mag man wieder aus folgendem ersehen. Kürzlich hat beispielsweise das sozialdemokratische „Eisenbacher Abendblatt“ über den Jahneid Ansichten gepredigt wie folgende:

„Für einen innerlich frei gewordenen Menschen wird ein solcher Eid, der seine Unmöglichkeit so sehr in sich trägt, wie der Fahnenschwur, ein Zwirnsfaden sein, über den er nicht mehr stolpern kann. Die Sozialdemokratie muß Aufklärung in die Köpfe der Rekruten bringen, damit der Fahneneid nicht länger ein Fallstrick ist, der sie immer von neuem wieder in die Knechtschaft der Machtgeber bringt.“

Und mit der sozialdemokratischen Agitations- und Versammlungserziehungstätigkeit steht es nicht besser. Auch dort spricht man es offen aus, daß der Eid ein Zwirnsfaden sei. In der Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokratie sagte der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Niemann, was den Eid, den die Abgeordneten ablegen müssen, anlangt, so seien die Sozialdemokraten nicht derartige Narren, daß sie die Leistung dieses Eides verweigerten! Ueber solche Zwirnsfäden stolperen kein Sozialdemokrat!

Diese Auslassungen zeigen so recht den moralischen Tiefstand der Sozialdemokratie. Daß die Früchte der sozialdemokratischen „Erziehung“ der Saat entsprechen, ist nicht weiter verwunderlich; verwunderlich ist nur, daß der „Vorwärts“ sie nicht wiedererkennen will und uns der „Nichtsnutzigkeit“ zeicht, weil wir das Kind beim rechten Namen nannten.

Gelber Geisteszwang.

Mit welchen Mitteln man in den gelben Parteien die Geistes- und Willensnechtung betreibt, zeigt ein Aufruf, den der Vorstand des „nationalen Arbeitervereins Werk Krupp“ zu Essen gelegentlich der dortigen Stadtratswahlen an seine (zum Teil Zwangs-) Mitglieder richtete. Die Mitglieder des gelben Werkvereins werden darin aufgefordert, nur die Kandidaten einer bestimmten politischen Partei, mit denen die gelben Drahtzieher gemeinsame Sache gemacht hatten, zu wählen. Damit auch der Humor nicht zu kurz kommt, wird dann noch an das Ehrgefühl und die Selbstachtung derselben Leute appelliert, die man im selben Atemzug zum Stimmvieh degradiert. Dann heißt es in dem gelben Arbeiterheft weiter:

„Wem diese Selbstverständlichkeit (nur die den gelben Drahtziehern genehmen Kandidaten zu wählen) nicht einleuchtet, von dem verlangen wir, daß er noch vor der Wahl unserem Verein den Rücken kehrt. Er steht jaust in Gefahr, daß er nach der Wahl hinausgegangen wird.“

Dazu bemerkt die evangelisch-soziale Wochenchrift „Die Arbeit“ mit Recht:

So steht die politische Neutralität der Gelben aus. In dieser Kundgebung zeigen sich die Kruppischen Gelben in ihrer ganzen Größe und wahren Gestalt. Wir hoffen, daß davon manchen guten Reuten die Augen aufgehen werden. In der Kruppischen Arbeiterklasse hat der Beschluß des gelben Werkvereinsvorstandes große Erregung hervorgerufen.

Man denke sich, daß die Mitglieder der Kruppischen Gelben zum großen Teil durch „Bunich“ der Vorgesetzten gewonnen wurden. Diejenigen, die nun wegen ihrer anderen Stellung ausgetreten oder ausgeschlossen werden, sind in der Augen der Vorgesetzten als „Feinde der Firma“ gekennzeichnet und können gewärtig sein, daß sie in ihrem Lohn- und Arbeitsverhältnis geschädigt werden oder gar die Arbeitsstelle verlieren. Mehrere hundert, vielleicht über tausend Kruppische Arbeiter und Angestellte sind infolge der obigen gelben Kundgebung gezwungen, zwischen ihrer Ueberzeugung und dem Brot zu entscheiden. Was soll ein Familienvater in diesem Falle tun? Eine gefährliche Saat streuen die Gelben und Nationalliberalen aus! Die Ernte kann nur der Sozialdemokratie zufallen!

Diese Ausführungen der „Arbeit“ können wir voll und ganz unterschreiben. Jene Mitglieder des Kruppischen Werkvereins aber, die wirklich noch auf Ehrgefühl und Selbstachtung halten, werden einer solchen Zwangsorganisation nicht länger mehr angehören können.

Vor der eigenen Tür stehen

solle die Sozialdemokratie. Als vor einiger Zeit der Reichstag mit der Schmähschrift über den christlichen Zentralverband der Staats-, Gemeinde-, Betriebs- und Industriearbeiter sein eigenes Nest beschmutzte, da war das ein gefundenes Fressen für den roten Blätterwald. In gut gehendelter Entschlossenheit wurde über angelegte „Mißwirtschaft“ und „Korruption“ in einer heftigen Gewerkschaftssitzung gezogen, obwohl die Angaben Wolfs nur unbewiesene Behauptungen sind, die der Rache eines Betrübten entsprungen waren und mit der Wahrheit nichts gemein haben. Wie es dagegen in sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsstreifen aussieht, zeigt folgende öffentliche Erklärung, die Herr Jean Mey, lange Zeit führender Mitglied im sozialdemokratischen Textilarbeiterverband in Mülhausen i. G. und zuletzt Redakteur an der sozialdemokratischen „Mülhauser Volkszeitung“ im „Mülhauser Tageblatt“ veröffentlicht:

„Ich erkläre hiermit meinen Austritt aus der sozialdemokratischen Organisation. Ferner erkläre ich meinen Austritt aus dem deutschen Textilarbeiterverband. Einer Organisation, in der Tenunzianten unter dem Siegel der Verschwiegenheit des Vorstandes ihr Unwesen treiben können, andererseits begangene Schwere und sonstige Dinge auf Kosten der Mitglieder verdeckt werden, habe ich keine Lust, weiter anzugehören.“

Da scheinen ja nette Zustände in der mit der sozialdemokratischen Parteiorganisation eng verbundenen Filiale Mülhausen des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes zu herrschen. Vielleicht wird mit dieser Erklärung der Schleier gelüftet von vielen Dingen, über die sich die Arbeiterklasse Mülhausens die sonderbarsten Sachen erzählt. — Jetzt hört man von einer moralischen Entrüstung in der sozialdemokratischen Presse nichts, im höchsten Fall wird dem herausgetretenen früheren Genossen der Gesellschaft verzeiht. Es geht doch nichts über die rote Doppelmoral!

Streiks und Lohnbewegungen.

Sulzbach-Rosenberg Ueber die Lohnbewegung auf der Maßhütte kann zur Zeit noch nicht abschließend berichtet werden. Die gegenwärtige Situation sowie einige interessante Erscheinungen indes verdienen hier registriert zu werden. Wie wiederholt berichtet werden konnte, gehört die Maßhütte mit jährlich durchschnittlich 21 Prozent Dividende in den letzten vier Jahren zu den best prosperierenden Werken Deutschlands. Im Gegensatz zu den hohen Erträgnissen bleiben die Löhne zum übergroßen Teil recht kärglich, auch die sonstigen Arbeitsbedingungen ließen sehr viel zu wünschen übrig.

Die durch unseren Verband im Auftrage der Arbeiterklasse an die Direktion gerichtete Forderung von 40 Pfg. Lohnserhöhung pro Schicht ab ersten Oktober, fand nur teilweise Berücksichtigung, weshalb in dieser Sache noch weitere Schritte zu erfolgen haben. Soweit zunächst festgestellt werden konnte, sind für Stahl- und Walzwerk noch keine Lohnserhöhungen eingetreten, während in den übrigen Abteilungen eine solche von 10 bis 20 Pfennig pro Schicht erfolgte. Ein großer Teil der Arbeiterklasse ist von dem geringen Entgegenkommen der Direktion unbefriedigt. Bei einigermaßen gutem Willen hätten auch 30 bis 40 Pfg. Lohnserhöhung gewährt werden können. Mit wenig hatten die Kollegen auch eine schnellere Erledigung dieser Sache gewünscht.

Die nächstliegende Frage ist, welche Hindernisse stehen unseren Bestrebungen im Wege und wie können dieselben in nächster Zeit beseitigt werden? In dem an den Arbeiterausschuß ergangenen Antwortschreiben auf unsere Eingabe hin wurde die Arbeiterklasse unter anderem „erinnert“ an die freizügigen Zuwendungen des Werkes für die Pensionskasse, Errichtung eines Fonds für außerordentliche Unterstützungen und Schaffung einer Arbeiterpartei.

Die Arbeiterklasse hat zum großen Teil über diese „Wohlfahrtsmaßnahmen“ ihre besondere Aufmerksamkeit von Arbeitern haben Lauenow von zwei an weitertragen zur Pensionskasse bezahlt, ohne bei ihrer Entlassung auch nur einen Pfennig zuzuschubekommen. Ein Arbeiter wurde mit der Klage um Anerkennung der Rechte von der Berufungsinstanz, dem Landgericht in Ansbach, am 12. November abgewiesen. Sobald das Urteil schließlich durch Begründung vorliegt, wird hierüber noch berichtet werden.

Ähnlich wie diese, sind auch die anderen Wohlfahrtsmaßnahmen am vortheilhaftesten für das Werk selbst. All den außerordentlichen Unterstützungen wurden am lieblich die Gelben bedacht, also Auswendungen zur Unterbindung des Koalitionsrechtes. Eine Art Versicherung gegen Lohnforderungen, die nun allerdings schon teilweise angelegt sein. Beteiligt sind hierbei neben dem Rosenberger Güttenwerk noch die Bergwerke Sulzbach und Ansbach. Es wäre interessant zu erfahren, wieviel Sparrer beteiligt sind? wieviel von diesen Sparern sind Beamte oder Meister? und welche Summe ist von den Genannten angelegt?

Die gegenwärtigen Lohnverhältnisse reichen kaum zum Notdürftigsten fürs Leben (vielleicht noch unter drei Mark Schichtlohn). Es gibt leider auch einzelne unverschämte Arbeiter, die sich ein paar Mark abhangern und schließlich an Unterernährung vorzeitig dahinscheiden. Eine zwischelhafte Erparnis, wenn deshalb der Ernährer seiner Familie um ein paar Jahre zu früh entzissen wird. Andererseits ist es begreiflich, daß nun bei 10 Prozent Zins nicht nur Arbeiter, sondern die ganze Verwandtschaft ihr Geld (inklusive Gebrauchsgegenständen) zu „guten Zinsen“ anlegt, und wenn das Geld nicht reicht hierzu, dann wird anderwärts geliehen, wie uns mitgeteilt werden konnte. Die Schlussfolgerung, Einzelnen bei der Sparkasse sind nur bei guten, ausreichenden Löhnen möglich, ist deshalb eine falsche. Die wenigen Arbeiter, die wirklich ein paar Notpfennige erübrigen können, werden auch eine Kasse finden, welche die Gefahr der Lohnbrüderlei ausschließt.

Ein geborener Feind des Arbeiterkampfes gegen jede Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist naturgemäß der Verein alter Maßhütter. Ueber seine lästige gelbe Rolle in den letzten Monaten noch kurz einige Proben. Vor einigen Monaten wurde das gelbe Ansuchen um Lohnserhöhung in dem Schwesterwerk Haidhof abschlägig beschieden. Den gleichen negativen Erfolg hatte der Arbeiterausschuß in Rosenberg. Als Pflichterben bekamen die Gelben Freifahrt und freies Mittagessen zur nächst gelegenen Kreisausstellung in Regensburg.

Es mußten die alljährliche Versammlungsbereitungen sehr gut besuchten Versammlungen Stellung nahm und Lohnserhöhung beantragte, wurde der Obergelbe ins Bureau gerufen, wonach schließlich noch zwei seiner Bundesgenossen geholt wurden, und 10 Tage nach unserem Vorgehen wurde in der Werkvereinsversammlung zur Lohnfrage Stellung genommen. Genau wie vor zwei Jahren. Damals haben Arbeiter schon vermutet, die gelben Lohnwünsche seien bestellte Arbeit. Bei Strafe des Ausschlusses wurde den gelben Mitgliedern übrigens verboten, unsere Versammlungen zu besuchen. In einer anderen Versammlung mußten die Mitglieder durch Unterdruck der Veröffentlichung ihr Vertrauen aussprechen (natürlich vor der Lohnserhöhung). Der Schlußsatz auf dieser Unterzeichnungsliste lautete: Die Unterzeichneten erneuern gleichzeitig ihr Versprechen, allzeit treu zum Werk zu halten. Daß ein Arbeiter treu zu seinem Werke hält, ist für jeden pflichtbewußten Arbeiter selbstverständlich. Für christlich organisierte Arbeiter ist das Werk kein feindlicher Boden, sondern ihre Erwerbungsquelle, die Stätte treuer Pflichterfüllung, wogegen mit Recht ein angemessener Lohn verlangt werden kann. Dieses letzte gesetzliche Recht lassen christlich organisierte Arbeiter unter keinen Umständen verkümmern.

Von den Erhebungen über die Lohnverhältnisse wird noch besonders berichtet. Am Tag der letzten Auslösung konnte der Verbandsvorsitzende Kollege Weber auf der Durchreise für eine Versammlung gewonnen werden, die sehr gut besucht war und anregend verlief. Die Versammlung klang aus in der Mahnung: Von den Industriellen muß die Arbeiterklasse lernen, ihr Beispiel nachahmen, durch die Organisation ihre Erträgnisse (Löhne) zu steigern.

Schlüssen, richtet an die Genossenschaftlichen unverbrossen die Mahnung, den Appell, sich unseren Reihen anzuschließen und sorgt für zahlreichen Besuch der nächsten Versammlung zur Durchführung weiterer Maßnahmen. Je einiger und geschlossener die Arbeiterklasse zusammensteht, je größer der Erfolg unserer Organisationsarbeit.

Zur Beachtung.

Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuwenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zug fort.

Menden i. W. Bei der Firma Theodor Klusenbild (Hofestamp), bestehen Differenzen.

Emmerich. Ueber die Firma Reintges, Nieder-rheinische Maschinenfabrik, ist die Sperre verhängt.

Essen-Muhr. Die Klemperergesellen von Essen stehen im Streit zwecks Abschluss eines Tarifvertrages.

Eberfeld. Die Arbeiter der Firma Jäger, Eisenfabrik, stehen im Streit.

Reheim. Ueber die Firma Hübenet & Gerling ist wegen Herabsetzung der Akkordsätze die Sperre verhängt. Zugug von Metallrüdern, Schlossern und Klemperern ist fernzuhalten.

Remscheid. Die Maschinenbauer und Gießereibetriebe der Remscheider Feilenindustrie stehen in einer Lohnbewegung.

Saubern bei Ansbach i. W. Ueber die Firma Anton Brumberger ist die Sperre verhängt.

Saubern bei Ansbach i. W. Bei der Firma Winterhoff sind wegen Lohnabzügen Differenzen ausgebrochen. Zugug von Metallrüdern, Schlossern und Klemperern ist fernzuhalten.

Wormen. Die hiesigen Klempner und Installateure stehen im Streit.

Hierlohn. Bei der Firma Maffloer u. Erone, Hierlohn, stehen die Kettenstämme im Streit.

Pforzheim. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Pforzheimer Schmuckkettenindustrie stehen in einer Lohnbewegung.

Düsseldorf. Ueber die Firma Kuhn, Hartung und Comp., Maschinenfabrik, ist die Sperre verhängt.

Niesfeld-Perford. Bei der Firma Mebaum u. Untenberg sind die Schlosser, Dreher, Schmiede und Hilfsarbeiter ausgesperrt.

Zugung ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 4. Dezember 1910 der neunundvierzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 4. bis 11. Dez. 1910 fällig.

An die Kassierer und Ortsgruppenvorstände.

Wir sehen uns veranlaßt, nochmals darauf aufmerksam zu machen, daß mit Ausnahme der Reiseunterstützung keine Unterstützung ohne Anweisung der Zentrale ausbezahlt werden darf. Bei Umzugs-, Unfall- und Sterbenerstattung ist die von den Unterstützten unterzeichnete Anweisungstabelle bei der Quartalsabrechnung als Beleg für die Auszahlung mit einzusenden.

Ferner müssen wir wiederholt auf die Bestimmungen des Verbandsstatutes, § 11 Abs. 4 verweisen, wonach nie mehr als 2 M. Reiseunterstützung auf einmal ausbezahlt werden darf. Aufenthaltunterstützung darf nach Maßgabe des § 11 Abs. 6 nur ausbezahlt werden, wenn die Einwohnerzahl der betreffenden Stadt mindestens 30 000 beträgt.

Zur Beachtung für wandernde und arbeitslose Mitglieder. Alle Kollegen, die Arbeit suchen, sind verpflichtet, sich regelmäßig bei der örtlichen Leitung des Verbandes zu melden, um sich über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine freigestellten Beamten und Arbeitsnachweise sind, hat diese Meldung dennoch bei dem Ortsgruppenvorstand zu erfolgen. In solchen Orten, wo keine Ortsgruppe oder Jahresselle unseres Verbandes besteht, wende man sich an den zuständigen Bezirksleiter oder den Zentralvorstand. Das gleiche gilt auch für diejenigen Mitglieder, die ihre Arbeitsstelle am Ort wechseln.

Die Aufnahmescheine von allen dem Verbands beitretenden Mitgliedern, auch von den aus anderen Organisationen übertretenden, sind genau auszufüllen, vom Kassierer der Ortsgruppe aufzubewahren und bei der Quartalsabrechnung mit an die Zentrale einzusenden. Die Kassierer mögen dieses genau beachten, um sich später unnötige Arbeit zu ersparen.

Alle Aufschriften in Verbandsangelegenheiten ohne Unterschied sowie alle Gesendungen für den Verband sind an die Geschäftsstelle des christl. Metallarbeiterverbandes, Luisburg, Seitenstr. 19, und nicht an die persönliche Adresse einzelner Beamten zu adressieren.

Aus dem Verbandsgebiet.

Späichlingen. Unter den Arbeitern und Arbeiterinnen der Harmonikaindustrie des hiesigen Bezirks hat in letzter Zeit eine lebhafte Bewegung eingesetzt. Es scheint, daß auch diese unter sehr gedrückten Verhältnissen leidende Arbeiterklasse endlich zur Erkenntnis ihrer Lage und Einsicht von der Notwendigkeit der Organisation kommt. Am Samstag den 12. und Sonntag den 13. November hielt unser Verband in Dürkheim, Gunningen, Seitingen, Dürkheim, Goshelm, Denkingen, Frillingen, Schörzingen, Kalshausen und Deilingen Versammlungen ab. Am Sonntag den 20. November wurden wiederum acht Versammlungen abgehalten, und zwar in Böttingen, Maßsterten, Kupflingen, Eggesheim, Reuquishausen, Kolbingen, Wilflingen und Wellendingen. Durchweg erfreuten sich die Versammlungen eines zahlreichen Besuches, die Lokale waren teilweise überfüllt. Die Anerkennung für das Wirken des christlichen Metallarbeiterverbandes kam auch dadurch zum Ausdruck, indem sich an einer Reihe von Orten nahezu sämtliche in Betracht kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen dem christlichen Metallarbeiterverbande anschlossen. Die Tagesordnung in allen Versammlungen lautete: 1. Die wirtschaftlichen Kämpfe in der Metallindustrie und was zeigen sie uns. 2. Die Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Harmonika- und Uhrenindustrie und wie wir können diese ihre Lage verbessern. Referenten waren die Kollegen Kuhn und Cengler-Pforzheim, Kollstrath-Gmünd, Wahl-Stuttgart und Tränkle-Freiburg.

Die Ausführungen der Redner bewegten sich in folgendem Rahmen: Erträglichere Verhältnisse herbeizuführen, das ist die Aufgabe, die sich der christl. Metallarbeiterverband gestellt hat. Wenn die anderen Stände, die Beamten, die Arbeitgeber sich organisieren, die es doch eigentlich nicht so notwendig haben, dann hat der Arbeiterverband als der wirtschaftlich Schwächere es um so notwendiger. Er macht damit nur von seinem gesetzlich gewährtesten Rechte Gebrauch. Wer den Arbeitern dieses Recht nehmen will, der zeigt damit, daß er nicht auf dem Boden des bürgerlichen Staates steht. Es wäre eine solche

Handlung auch eine brutale Maßnahme, die in der breiten Öffentlichkeit auch danach gewürdigt würde.

Der Arbeiterstand ist heute in Deutschland an Zahl der weitaus größte Stand, der für unsere wirtschaftliche Tätigkeit ein unentbehrlicher Faktor geworden ist. Deshalb ist es notwendig, daß dieser Stand seiner Bedeutung nach gewürdigt wird. Eine Nation kann nicht als feil und gesund bezeichnet werden, wenn ein Teil der Bevölkerung nur unter kümmerlichen Verhältnissen sein Leben fristen kann. Die Löhne stellen sich mancherorts gleich mit denen auf den Feinarbeiter-Ausstellungen zu Berlin und Frankfurt gezeigt. Materiell ist hier die Arbeiterschaft sehr hinter dem Gros der deutschen Arbeiterschaft zurückgeblieben. Das konnte aber nur deshalb geschehen, weil die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht organisiert waren. Dadurch sind sie nicht in der Lage gewesen, für die Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen etwas zu tun. Der Arbeiter von heute handelt sehr unklug, der dem Verbands fern bleibt. Das allein zeigt schon ein Blick auf die Lohnstatistik. Eine Besserung dieses Zustandes ist deshalb dringend notwendig. Dazu bietet der christliche Metallarbeiterverband seine Hand. Obwohl der Verband erst 10 Jahre besteht, hat er schon für die Hebung der Lage der Arbeiter außerordentlich viel geleistet.

Weiter charakterisiert die Redner die Agitationsweise des sozialdem. Metallarbeiterverbandes, der unter dem Deckmantel der politischen und religiösen Neutralität auf den Mitgliederfang ausgeht. An Hand von reichem Beweismaterial wiesen die Referenten nach, daß der freie Verband eine durch und durch sozialdemokratische Organisation ist, die sich vollständig auf den Boden der religionsfeindlichen und revolutionären politischen Sozialdemokratie stellt. Ein christlich-national gesinnter Arbeiter kann deshalb, wenn er nicht seine inneren Grundsätze verleugnen will, unmöglich dem roten Verband beitreten.

Bezüglich der Stellung der christlichen Gewerkschaften zu den Unternehmern führten die Redner aus, daß die christlichen Gewerkschaften im Gegensatz zur Sozialdemokratie die Unternehmung und das Privateigentum als existenzberechtigt und als notwendig in der Gesellschaft anerkennen, wie überhaupt die christlichen Gewerkschaften vollständig auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung stehen. Die Vorkommnisse beim Eisenbahnerstreik in Frankreich zeigen uns, daß ein sozialdemokratisches Regiment alles andere, als Bessermachen kann.

Der christliche Metallarbeiterverband ist eines der geachtetsten Glieder der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Für die Mitglieder des Verbandes sind in den Jahren 1908/09 allein an Unterstützungen 465 635,42 M. ausbezahlt worden, das sind Vorteile, die den unorganisierten Arbeitern nie geboten werden, wenn sie sich der Organisation beitreten. Der christliche Metallarbeiterverband hat aber auch ganz besonderen Wert gelegt auf die Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Ernstliche gewerkschaftliche Arbeit zu leisten, ist die vornehmste Aufgabe, die der christliche Metallarbeiterverband sich seit seiner ersten Stunde gestellt hat.

Für Streiks und Lohnbewegungen allein wurden seit der Gründung des Verbandes bis Ende vorigen Jahres 430 628,99 M. ausgegeben. Trotz der wirtschaftlichen Krise, die während der beiden letzten Jahre so erheblich auf unserm Wirtschaftsleben lastete, konnten in der Zeit für die Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes neben anderen Verbesserungen nennenswerte Lohn erhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen erreicht werden.

Bei 199 Streiks und Bewegungen mit 5811 beteiligten Mitgliedern wurden erreicht pro Jahr und Kopf der Beteiligten 1908: 65 Mark Mehrlohn und 1909: 120 M. Außerdem erzielten die Beteiligten eine Arbeitszeitverkürzung von 118 1/2 Stunden pro Kopf und Jahr.

Alle Metallarbeiter, ob evangelisch oder katholisch, handeln darum in ihrem eigenen Interesse, wenn sie dem christlichen Metallarbeiterverbande beitreten. Für alle Zukunft wird dieser Verband seine besten Kräfte anbieten, den Metallarbeitern aller Berufe durch eine vernünftige zielbewusste Gewerkschaftsarbeit den Platz im Leben zu eringen, der ihnen rechtlich gebührt.

Politisch und religiös streng neutral, bietet der Verband den Berufscollegen beider Konfessionen einen sicheren Hort und erfolgreiche Vertretung ihrer berechtigten Standesinteressen, bei absoluter Achtung vor der christlichen Weltanschauung.

Mit einem klammernden Appell an die Anwesenden und mit der Aufforderung, einzutreten in die Organisation, schlossen die Redner ihre Ausführungen. Starker Beifall dankte ihnen.

In den Diskussionen brachten in einigen Versammlungen die Arbeiter Wünsche und Anfragen vor, die jeweils von seiten der Referenten beantwortet wurden. Eine größere Zahl Arbeiter und Arbeiterinnen schlossen sich dem christl. Verbands an. In einem Orte traten die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter in den christlichen Metallarbeiterverband über.

Der christliche Gewerkschaftsgedanke marschiert im ganzen Bezirk vorwärts. Möchte dies für alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die noch nicht organisiert sind, ein Wink und ein Ansporn sein, ebenfalls einzutreten in die Reihen der voranstrebenden organisierten Arbeitskollegen.

Tessau. Hier stehen der Ausbreitung des christlichen Gewerkschaftsgedankens besonders große Schwierigkeiten im Wege. Dennoch muß es auch hier soweit kommen, daß unsere Bewegung festen Fuß fassen kann. Gute Aussichten dafür bot eine am 15. November im „Fürstenhof“ abgehaltene Versammlung, die einen guten Besuch aufwies. Der Referent, Kollege Winter-Berlin, erörterte die Frage, warum eigentlich in weiten Kreisen unseres Volkes eine so große Gegnerhaftigkeit gegen die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung vorhanden ist. Es liegt fest, so führte der Vortragende aus, daß durch das Streben der Gewerkschaften, den Arbeitern bessere Existenzbedingungen zu schaffen, die Interessen des Staates, die nachweislich in den Großstädten im Rückgang begriffen sei, gehoben werde. Durch eine vernünftige Lohnsteigerung und Verkürzung der Arbeitszeit würden erst die Vorbedingungen für eine leistungsfähige Arbeiterkraft geschaffen. Eine solche brauche aber die heimische Industrie unbedingt, wenn sie der scharfen Konkurrenz auf dem Weltmarkt nicht unterliegen wolle. Eine in schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnissen lebende Arbeiterkraft sei den sich immer heftigeren An-

forderungen, die an sie gestellt werde, nicht gewachsen. Der Lohnarbeiter sei ferner ein mächtiger Faktor im Wirtschaftsleben in seiner Eigenschaft als Konsument. Wenn die 20 Millionen deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen auch nur eine geringe Lohnerhöhung erzielten, beziffert sich hoch die jährliche Gesamtsumme auf Milliarden, die wiederum dem Handel, Handwerk und anderen Gewerbszweigen zugute kämen. Weiter hob Redner hervor, daß die Gewerkschaften durch ihre Krankenkassen und Arbeitslosenunterstützung den Armenverwaltungen jährlich Millionenlasten abnähmen.

Auch erzieherisch wirkten die Gewerkschaften, indem sie Tausende von Arbeitern mit innerer gewerkschaftlicher Verwaltungsarbeit beschäftigten, was wiederum befruchtend auf die Industrie zurückwirkte. Dieses in wenigen Strichen gezeichnete sehr wertvolle soziale Wirken der Organisationen finde in den weitesten Kreisen der Bevölkerung Beifall. Was aber Anstoß erzeuge und die Feindschaft gegen die Gewerkschaften herausfordere, sei, daß in den angeblich „freien Gewerkschaften“ offen der Umsturz unserer gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung im Sinne der Sozialdemokratie und Paß gegen Unternehmertum, Religion und Regierung geschürt werde. Aufgabe der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung, die auf dem Boden der Gegenwartsordnung stehe, und ein gutes Einvernehmen mit allen Faktoren der bürgerlichen Welt erstrebe, sei es, den überlebten Ideen der Sozialdemokratie entgegen zu arbeiten und dabei mit allem Nachdruck die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Jeder christlich organisierte Arbeiter müsse daher durch eifrige Agitation bestrebt sein, das zurzeit aus etwa 320 000 Mitgliedern bestehende christliche Gewerkschaftsheer zu verstärken.

Die christlich-nationale Arbeiterkraft wisse den Wert der von der Sozialdemokratie in den Vordergrund gestellten gesellschaftlichen Leistungen der Lohnarbeiterschaft voll zu würdigen, sie wisse aber auch, daß ohne die hervorragende Geistesarbeit der Unternehmer, Ingenieure und Kaufleute das wirtschaftliche Emporblühen unserer Industrie unmöglich gewesen wäre.

Die Ausführungen des Referenten fanden Anklang und lebhaften Beifall bei den Versammelten. Die christlich-nationale gesinnten Arbeiter von Tessau müssen nunmehr alle Kräfte in der Werbearbeit anspannen, um unsere Reihen zu stärken und mehr Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu gewinnen.

Moldzell. In unserer letzten, gut besuchten Mitgliederversammlung sprach Herr Arbeitersekretär Kleinbrunn-Singen über die letzten wichtigen Vorkommnisse auf gewerkschaftlichem Gebiet. Redner schilderte besonders die Ausbreitung im Bauergewerbe und den Metallarbeiterberuf er kam zu dem Schluß, daß mit aller Energie an der Stärkung und Ausbreitung der christlichen Gewerkschaften gearbeitet werden müsse. In der anschließenden Diskussion wurde dann die Winter- und Hausagitation noch näher besprochen und beschlossen, sofort fleißig an die Arbeit zu gehen. Hoffentlich wird der Erfolg unserer Arbeit nicht fehlen.

Und nun Kollegen, helfe jeder von euch nach Kräften mit, besuche auch jeder unsere Versammlungen fleißig, holen wir uns Anregung und Belehrung, um draußen unsere Sache um so besser vertreten zu können. Also auf zur Arbeit und zum Erfolg! Wir dürfen hinter unseren Kollegen an anderen Orten nicht zurückbleiben. R.

Mühlhausen (Elf.). Die Arbeiterstadt Mühlhausen im Oberelsaß ist eine der ältesten Industriestädte des jetzigen Deutschen Reiches. Schon vor hundert Jahren bestand hier eine blühende Industrie. Nach 1870 ist zwar ein Stillstand in der Entwicklung der heimischen Industrie eingetreten, in einigen Industriezweigen sogar ein Rückgang; es ist dies darauf zurückzuführen, weil ältere kapitalkräftige Familien ihren Wohnsitz nach Frankreich verlegten. Erfolgreicherweise macht sich in neuerer Zeit wieder eine Aufwärtsbewegung in der Industrie bemerkbar.

Wie in anderen älteren Industriestädten, so kam auch hier schon frühzeitig die Arbeiterbewegung in das sozialdemokratische Jahressfer. Wohl in keiner anderen Stadt findet man solche radikale und rückwärtssozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsführer, als wie in Mühlhausen i. E., daß die sozialdemokratische Parteipresse nicht besser ist, ist selbstverständlich. Alles was in wohlge-meintester Weise von nicht sozialdemokratischen Kreisen in der Kommune oder auf dem Gebiete der Volkswohlfahrt geleistet wird, wird von dieser Gesellschaft in den Kot gezogen und fällt dem sozialdemokratischen Hohn und Spott anheim.

Die christliche Arbeiterbewegung hat hier infolgedessen einen schwierigen Stand und ihre Mitglieder haben sehr unter dem Terrorismus der roten „Freiheitskämpfer“ zu leiden. Diesem Zustand wird aber erst dann abgeholfen werden können, wenn die Massen der christlichen Arbeiter sich um die Fahne der christlichen Gewerkschaften sammeln. In einzelnen Berufen haben erfreulicherweise die christlichen Gewerkschaften in letzter Zeit gute Fortschritte gemacht. So zählt der Zentralverband christlicher Bauarbeiter jetzt 420 Mitglieder, auch der christliche Textilarbeiterverband macht gute Fortschritte. Unsere Metallarbeiter sind anscheinend auch aus der Reihe herausgetreten, denn seit dem 1. Oktober d. J. hat unsere Zahlstelle über 50 Neuaufnahmen zu verzeichnen. Aber es müssen noch mehr Metallarbeiter zu unser Banner gesammelt werden, um dem radikalen Treiben der Genossenschaftsführer einen Damm entgegenzusetzen und um zu verhindern, daß sie hier ein Arbeitsmonopol für die sozialdemokratischen Verbände schaffen und dies dann zu Parteizwecken der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die sozialdemokratische Partei, Massenpressen und die Unterdrückung der christlichen Arbeiterkraft anstrebend weit über die praktischen Gewerkschaftsarbeit stellt. Würde die Masse der christlichen Metallarbeiterkraft, die unserm Verbands noch interesselos gegenübersteht, sich einmal aufrufen und die Reihen der christlich organisierten Metallarbeiter stärken helfen durch Beitritt zum christlichen Metallarbeiterverband, dann wäre bald dem sozialdemokratischen Terrorismus ein Ende bereitet und der sozialdemokratische Metallarbeiterverband zur gemeinsamen praktischen Gewerkschaftsarbeit zu bewegen.

Es ist deshalb Aufgabe unserer Kollegen in Mülhausen, die uns noch fernstehenden christlich gesinnten Metallarbeiter aufzuräumen und sie in nächster Zeit dem christlichen Metallarbeiterverband zuzuführen. Der Bezirksleiter Stoff, Säcker hat bei seinem letzten Aufenthalt in Mülhausen und den Boden vorbereitet durch mehrere Versammlungen, Auffstellung eines Winterprogramms und Einleitung einer Souveränität. Wenn jeder Kollege, nicht nur der Vorstand und die Vertrauensleute, sondern jedes einzelne Mitglied seine Pflicht tut und sich an der Hausagitation beteiligt, auch auf der Werkstätte ein Werber für unsere schöne und gute Sache ist und unsere Versammlungen regelmäßig besucht, dann werden weitere und größere Erfolge unserer Zahlstelle sicher sein und somit der Weg gebahnt werden, um endlich einmal für die Arbeiter der Metallindustrie Mülhausens praktische Erfolge zu erzielen. Darum auf Kollegen, an die Arbeit!

Saargebiet. Die sozialpolitischen und volkswirtschaftlichen Unterriekurse des Bezirkskartells der christlichen Gewerkschaften an der Saar erfreuen sich in diesem Jahre eines sehr starken Besuches. Zu 15 Kursorten nehmen rund 1100 Arbeiterkuristen daran teil, während es im Vorjahre nur ca. 4-500 Teilnehmer waren. Es ist dies ein freudig zu begrüßendes Zeichen von dem inneren Drang der Arbeiterschaft des Saarreviers nach geistiger Weiterbildung und Erweiterung des Gesichtskreises in volkswirtschaftlicher Hinsicht. Der christlichen Gewerkschaftsbewegung, die diese Kurse mit erheblichen Geld- und persönlichen Opfern inszeniert, werden dieselben sicherlich nicht zum Schaden sein; denn durch die soziale Schulung werden allenthalben zielbewußte Mitarbeiter für unsere Sache herangezogen.

Heidenheim. Nach den Berichten der „Schw. Tagwacht“ plant die bekannte Maschinenfabrik Bolyth die Gründung eines gelben Vereins. (Von der Maschinenfabrik Gillingen wird in der gleichen Nummer ähnliches berichtet.) Gelegentlich der Kettenstriebebewegung in Untertöcken konnten sich die „großen und kleinen Gelben“ des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes nicht genug tun in Enttäufung ob des „unheilvollen“ Einflusses, den Merkantilismus und Kirche angeblich auf den Arbeiter ausüben. Jedes Solidariitäts- und Zusammengehörigkeitsgefühl würde in den Domänen, wo die Kirche noch Einfluß habe, erstickt, die Arbeiterschaft bliebe im Sumpf der Verlotterung stecken; solches und ähnliches mehr wurde behauptet. Die Fronte des Schicksals will es nun, daß nicht dort, wo die Christlichen noch Boden unter sich haben, die „gelbe Pflanze“ ihre giftigen Wurzeln treibt, sondern in der roten Hochburg Heidenheim. Hier bestreift sich also wieder die alte Erfahrung, daß es die sozialdemokratische Weltmacht und der rote Terror letzten Grundes sind, die der gelben Bewegung den Boden bereiten. Und hier in Heidenheim trägt die Zeitung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes ihr vollgerüstetes Maß von Schuld an dieser Entwicklung der Dinge.

Die Spuren einer klug abwägenden Gewerkschaftstaktik wird man hier vergeblich suchen. So wurde, um eines herauszugreifen, für die Zurücknahme der Kündigung, welche die Firma aus Anlaß der großen Aussperrung ansprach, die Entlassung eines Meisters in der Gießerei verlangt. Bei der Untersuchung des Falles stellte es sich heraus, daß die Angaben, die gegen den Meister sprechen sollten, der Wahrheit nicht standhielten. Ein ähnlicher Fall spielte sich gelegentlich der Differenzen in der Gummiabfabrik ab.

Solche Dinge nebst dem bekannten „sanften“ Druck, der sozialdemokratischerseits gegen un- und mit Vorliebe gegen christlich organisierte Arbeiter schon so oft in Anwendung kam, gaben den Boden ab, auf dem die „gelbe Frucht“ sproßt und gedeiht. Hätte die sozialdemokratische Zeitung nur die Hälfte des Eifers und der Zeit, die sie zur schamlosesten Belämpfung der christlichen Gewerkschaft bisher benötigte, für eine vernünftige Gewerkschaftstaktik verwandt, so wäre es in Heidenheim kaum soweit gekommen. Das nachherige Protestieren gegen die Gelben nicht in der Regel garnichts, vorzuziehen ist die Kunst.

Für unsere Kollegen liegt keine Veranlassung vor, sich der Gelben wegen sonderlich aufzuregen; ein vernünftig denkender Arbeiter schließt sich nun erst recht dem christlichen Metallarbeiterverband an, dessen Aufgabe stets darin bestand, durch eine besonnene und umsichtige Taktik für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten. In diesem Sinne gilt es, auch auf die noch fernstehenden christlich-nationalen Arbeiter einzuwirken und sie zum Beitritt in unsern Verband zu bewegen. Bei dieser Arbeit sollte keiner unserer Kollegen zurückbleiben.

Dlve. Am Sonntag, den 20. September fand hier im Lokale des Herrn Melcher eine öffentliche von etwa 400 Personen besuchte, christliche Gewerkschaftsversammlung statt, zu welcher unser Verbandsvorsitzender, Kollege Wieber, als Referent erschienen war. Kollege Gierz-Siegen, der die Versammlung eröffnete und leitete, begrüßte die zahlreich erschienenen Versammlungsbesucher und erläuterte näher den Zweck der Versammlung. Dann ergriff Kollege Wieber das Wort zu seinem Vortrage über „Die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften im wirtschaftlichen und öffentlichen Leben.“

Von der Bedeutung der allen Bünsfte für den Handwerkerstand ausgehend, schilderte der Redner zunächst die Entstehung und weitere Entwicklung des Lohnarbeiterstandes und die Bestrebungen des Letzteren zur Hebung seiner wirtschaftlichen Lage. Ferner wurden die Aufgaben der Arbeitgeber und der Arbeiter vor ihm einander gegenübergestellt und damit die große Bedeutung beider Faktoren für unsere Volkswirtschaft den Anwesenden vor Augen geführt. Es sei nicht richtig, wie dies sozialdemokratischerseits geschieht, in dem Arbeitgeber nur den Ausbeuter zu sehen, sondern auch die Arbeitgeber seien unentbehrlich und hätten in unserem Volksleben wichtige Funktionen auszuüben. Arbeitgeber und Arbeitnehmer seien aufeinander angewiesen. Das schließt nicht aus, daß die Arbeiter mit allen geeigneten Mitteln ihre Rechte geltend machen, und diese gegebenenfalls erkämpfen müßten. Nachdem Kollege Wieber den Zweck und die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften näher erörtert, kam er zum Schluß auf die in unserer Gegend oft ventilirte Frage, Lokalverband oder Zentralorganisation zu sprechen. Er legte überzeugend dar, daß nur in einer starken Zentralorganisation die Rechte der Arbeiter gewahrt und wirksam gefördert werden können. Klarer Beifall folgte den Ausführungen des Redners, als er beendet hatte.

In der Diskussion ergriff als erster Kollege Hellenbrand-Siegen, vom christlichen Bauarbeiterverband, das Wort, und ging an der Hand des Vortrages näher auf die betrieblichen Verhältnisse ein. Die christliche Gewerkschaftsbewegung in Dlve und Umgegend habe sich zwar besonders in der letzten Zeit stark ausgedehnt, dessen ungeachtet müsse aber unermüdlich weiter gearbeitet werden, um auch den letzten christlichen Arbeiter seiner christlichen Berufsorganisation zuzuführen. Kollege Gierz beschäftigte sich dann noch in längerem Ausführungen mit dem Vorgehen des Gierz-Dunkerschen Metallarbeiter-Gewerksvereins in Dlve, der in der letzten Zeit die christlichen Gewerkschaften in der Gierz-Dunkerschen Presse ohne Grund angegriffen hat, und schloß dann die imponant verlaufene Versammlung. Die Versammlung hat begeistert auf unsere Kollegen gewirkt, und wird sicherlich nicht verfehlen, dieselben anzuspornen, mit neuem Mut für unsere Sache weiter zu arbeiten. — Auf zur tatkräftigen Agitation! Das muß für unsere Dlver Kollegen jetzt die Parole sein.

Oggersheim. Ein Maßstab für die gewerkschaftliche Regsamkeit ist ohne Zweifel der Versammlungsbesuch, und mit letzterem sieht es in unserer Ortsgruppe zur Zeit nicht zum besten aus. Wir halten es darum für notwendig, von dieser Stelle aus unsere Kollegen an ihre Pflicht zu erinnern, unsere monatlichen Versammlungen volkshäßig zu besuchen. Jetzt, wo unsere Kollegen anderwärts alle Kräfte anspornen zur Ausbreitung unseres Verbandes, dürfen wir in Oggersheim unter keinen Umständen zurückbleiben. Wollen wir vorwärts kommen, so bedarf es hierzu der opferfreudiger und tatkräftiger Mitarbeit aller Kollegen.

Ziel- und erfolgreichere Arbeit werden und können wir nur dann leisten, wenn wir uns zuvor bei gemeinsamer Aussprache in den Versammlungen über die gangbaren Wege und geeigneten Mittel verständigt haben. Also fort mit dem alten Schlenkrian. Kollegen, besucht die Versammlungen wieder regelmäßig, nur dann wird gewerkschaftliche Regsamkeit und Arbeitsfreudigkeit Einzug in unsere Reihen halten. Dann werden auch wir Erfolge haben.

Paffau. Einen schönen Erfolg haben wir bei der am Sonntag, den 20. November stattgefundenen Vertreterwahl der hiesigen Ortskrankenkasse zu verzeichnen. Von 1254 abgegebenen Stimmen fielen 780 auf die christliche und 474 auf die sozialdemokratische Liste. Gewählt wurden 64 Vertreter und 32 Ersatzleute, wovon 40 Vertreter und 20 Ersatzleute auf unsere und 24 Vertreter und 12 Ersatzleute auf die sozialdemokratische Liste entfielen. Somit sind die Hoffnungen der Genossen, welche glaubten die Verwaltung der hiesigen Kasse schon in Händen zu haben, zu Wasser geworden.

Zwei arbeiteten sie in der Agitation für ihre Liste mit altem Eifer; sie nannten sich nur „Gewerkschaftsverein“, machten dann der Arbeiterschaft den Mund wässrig mit den hohen Leistungen der von ihnen verwalteten Münchener Krankenkassen, verschwiegen ihr aber wohlweislich, daß in München wohl doppelt so hohe Beiträge gezahlt werden müssen wie hier, es andererseits aber mit den bemerksprechenden Leistungen gewaltig hapert. — Zu bemerken ist noch, daß die Wahl zum ersten Mal nach der Verhältniswahl getätigt wurde. Diese wurde von unserer Seite eingeführt. Den Genossen empfehlen wir dieses Beispiel zur gefälligen Nachahmung in denjenigen Orten, wo sie das Fest in Händen haben.

Soziale Rechtspredung.

Flugblattverteilung und Polizei.

Aus Anlaß der angekündigten Metallarbeiterausperrung veranlaßte die Verwaltungsstelle des christlichen Metallarbeiterverbandes zu Neuß die Verteilung von Flugzetteln zwecks Einladung zu einer öffentlichen Versammlung. Eine polizeiliche Erlaubnis war nicht nachgesucht worden. Die beiden Flugblattverleiher erhielten eine polizeiliche Strafverfügung von je 1 Mark wegen Uebertretung der §§ 10 und 41 des preussischen Pressegesetzes vom Jahre 1851. Eines dieser Strafmandate wurde dem Beamten des christlichen Metallarbeiterverbandes rechtzeitig übermittelt. Derselbe veranlaßte die Herbeiführung gerichtlicher Entscheidung, da die angezogenen Paragraphen des Preussischen Pressegesetzes durch § 20 Absatz 2 des Reichspressegesetzes vom Jahre 1874 hinfällig geworden sind. Dieser Paragraph bestimmt, daß, wenn keine erwerbsmäßige und keine unentgeltliche Verteilung von Druckschriften stattfindet, es einer polizeilichen Erlaubnis nicht bedarf, sofern der Inhalt der zu verteilenden Druckschriften einwandfrei gehalten ist. Im Termin vor dem Neusser Amtsgericht beantragte der Vertreter der Anklage selbst die Freisprechung. Das Gericht erkannte denn auch demgemäß; die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt. Offenbar werden unsere Polizeiorgane dieses Urteil beachten und beherzigen, damit endlich die unnützen Belästigungen unserer Flugblattverleiher aufhören und die Gerichte nicht immer wieder polizeilichen Uebereifer fortrigieren müssen.

Entlassung eines Angestellten trotz erfolgter Verzehrung.

(Nachdruck verboten.)

H. Der Obermeister K. in Bochum hatte gegen die Aktiengesellschaft Westfälische Stahlwerke auf Feststellung verklagt, daß sein Verhältnis als Angestellter der Werke noch fortbestehe und daß er berechtigt sei, als rückständiges Gehalt nebst Prämie den Betrag von 3870 Mark zu fordern. Der Kläger war vom 18. Juni 1906 bis 18. Juni 1909 auf drei Jahre von der Beklagten als Obermeister eines Stahlwerks angestellt, am 10. Okt. 1908 aber nach der Behauptung der Beklagten entlassen worden. K. hatte, wie er selbst zugab, zwei neuangestellten Schmelzmeistern gegenüber unrichtige Angaben über Stahiprobe gemacht und sollte

auf Beschluß des Direktoriums sofort entlassen werden. Mit Rücksicht auf seine Familie hatte der Stahlwerksdirektor D. indessen dem Beamten verziehen, und ihm zugejagt, er solle bis zum 18. Juni 1909 noch in Diensten der Beklagten, jedoch auf einem anderen Posten, und zwar als Gießmeister bleiben dürfen. In dieser Stellung durfte sich der Kläger nicht mehr um den Ofen kümmern, sondern hatte nur als Obermeister die Aufsicht in der Gießgrube zu führen.

Als durch einen öffentlichen Anschlag im Fabrikgebäude ein bisheriger Kollege des K. befordert und die neuangestellten Schmelzmeister in ihrem Range zu Obermeistern erhöht wurden, „denn: alle Meister und Arbeiter untergeben sein sollten,“ fühlte sich der Kläger dadurch beleidigt, daß in diesem Anschlag über seine Stellung nichts bestimmt worden sei. Er forderte deshalb die Werke brieflich auf, durch einen weiteren Anschlag sich zu erklären und teilte in einem zweiten Schreiben durch einen Rechtsanwalt mit, daß er die von den Werken daraufhin am 10. Oktober 1908 ausgesprochene Kündigung nicht anerkenne und seine Dienste weiterhin zur Verfügung stelle. Gleichzeitig bat der Kläger bis zur Erledigung der Angelegenheit um Urlaub und blieb vom Dienste weg. Eine Antwort der Werke auf sein zweites Schreiben hat der Kläger nicht erhalten.

Das Landgericht Bochum hatte die sofortige Entlassung des Klägers trotz der verziehenen Verfehlungen für berechtigt erklärt und deshalb sowohl die Feststellungs- als auch die Leistungsklage abgewiesen. Das Oberlandesgericht Hamm als Berufungsgericht hatte jedoch nur die Feststellungsklage abgewiesen, dagegen die mit der Leistungsklage verbundenen Klageansprüche dem Grunde nach als gerechtfertigt anerkannt. Der Auffassung des Landgerichts, daß infolge der Erklärung der Beklagten, der Kläger möge sich als entlassen fühlen, das Dienstverhältnis desselben sofort rechtsverbindlich gelöst worden sei, könne nicht beigetreten werden. Möge auch zu Ungunsten des Klägers unterstellt werden dürfen, daß dieser entgegen den ausdrücklichen Anordnungen des Stahlwerksdirektors D. den neuen Werkmeistern unrichtige Angaben gemacht habe und daß dies Verhalten die Beklagte zur Entlassung berechtigt haben würde, so habe doch dieser Grund nach der am 1. Oktober 1908 erfolgten Verzehrung der Verfehlungen am 10. Oktober 1908 als Entlassungsgrund nicht mehr bestanden. Vielmehr sei dem Kläger gestattet gewesen, in den Diensten der Beklagten, wenn auch nur bis zum Schluß seines ursprünglichen Vertragsverhältnisses zu bleiben. Bei der Nichterwähnung seiner Person in dem öffentlichen Anschlag, der eine allgemeine Standerhöhung der Meister gebracht habe, habe der Kläger mit Recht davon ausgehen können, daß die Nichterwähnung nicht aus Rücksicht gegen ihn erfolgt sei. Es könne ihm deshalb kein Vorwurf daraus gemacht werden, daß er danach getrachtet habe, eine frühere Stellung wiederzuerlangen.

Darauf allein, daß er einen unbegründeten Anspruch mit der berechtigten Forderung, die Werke sollten sich über seine Stellung erklären, verbunden habe, könne kein sofortiger Entlassungsgrund gefolgert werden. Der Kläger würde sich wohl nicht geweigert haben, als selbständiger Obermeister weiter in den Diensten der Werke zu bleiben und habe seine Dienste ja auch für die Zwischenzeit, solange die Werke sich noch nicht erklärt hatten, zur Verfügung gestellt. Daß er trotzdem nicht Dienst getan habe, liege daran, daß ihm keine Antwort zuteil geworden sei, und er mit Recht annehmen durfte, daß ihm der erbetene Urlaub genehmigt sei. Die Feststellungsklage, daß sein Dienstverhältnis überhaupt noch nicht gekündigt sei, sei deshalb zwar abzuweisen, dagegen sei der Kläger berechtigt, für die Zeit des noch dauernden Dienstverhältnisses Gehalt und Prämie zu fordern. Das Reichsgericht trat dem Urteil des Oberlandesgerichts gleichfalls bei und wies die von den Werken eingelegte Revision zurück. (Urt. d. R. G. v. 15. 11. 1910.)

Die gewerblichen Streitigkeiten.

die am Gewerbegericht ausgetragen werden, zeigen sehr oft die Unkenntnis der Parteien gegenüber der geltenden Rechtsprechung. Zur Vermeidung sehr oft wiederkehrender falscher Anschauungen führt das Gewerbegericht Berlin deshalb in einem von ihm erstatteten Bericht folgendes aus:

1. Zunächst wiederholen wir die schon oft erlassene Mahnung: zur Vermeidung der Erhebung von Schadenersatzprozessen bei Verwahrung und Rückgabe der für den Arbeiter so wichtigen Papiere — Zeugnisse, Invalidentakte, Krankentafelbuch, Legitimationspapiere — mehr Sorgfalt zu verwenden. Die große Zahl von Prozessen, die dieserhalb, wenn auch öfters unberechtigt — angestrengt werden, läßt erkennen, wie sorglos und nachlässig bei Lösung von Arbeitsverhältnissen mit ordnungsgemäßer Zurteilung und Ausbändigung dieser Arbeitspapiere verfahren wird.
2. Die Klagen gegen Kautionschwindler beschäftigen weiter die Gerichte. Die Vertrauensseligkeit Arbeitstühender gerade hierin ist oft kaum glaublich. Unbekannt, vor denen vielleicht schon die Zeitungen gewarnt haben, werden öfters ganze Vermögen anvertraut. Nur selten ist es dem Geschickten möglich, wieder zu seinem Gelde zu kommen; und nur dann vielleicht ist dies der Fall, wenn der Schwindler neue Opfer gefunden, mit deren Kautionen er dann den „Dränger“ beledigt. Zu

wollen sind es ganz junge Menschen, welche mit den Kau- tionen ihr Geschäft begründen wollen. Bei den münd- lichen Verhandlungen sprechen sie nur von „Kauttionen“, wird aber hierüber eine Quittung erteilt, so wird betrüger- ischer Weise die angegebene Summe nicht als „Kauttion“, sondern als „Einlage“ bezeichnet. Es wäre zu wünschen, daß an Unbekannte niemals bares Geld, sondern nur besicherter Sparkassenbesitzer gegeben werden.

3. Die Fälle, in denen die Käuferische Partei der irrigen Ansicht ist, daß sie ihres Anspruches verlustig wird, sobald sie Teilzahlungen annimmt, häufen sich.

4. Die Grenzen der Zuständigkeit des Ge- werbegerichts sind noch vielfach unbekannt, insbeson- dere laufen immer noch zahlreiche Klageschriften von Ge- länden, Stücken der Hausfrau, Erziehern, Kinderfreud- lichen und dergleichen ein. Natürlich muß jedesmal wegen Unzuständigkeit Terminanberaumung abgelehnt werden, da solche Klagen vor die ordentlichen Gerichte gehören.

5. Daß auch mündliche Abreden, insbesondere Kündigungsabreden, Gültigkeit haben, ist noch nicht hin- reichend bekannt, ebenso nicht die völlige Unabhängig- keit der Vorschrift des § 122 der Gewerbeordnung (wenn nicht ein anderes verabredet ist, besteht vierzehntägige gegenseitige Kündigung vom Lohnmessenden Zeit- abschnitt (Stundenlohn, Tagelohn). Kündigungsans-pruch also damit etwa zu begründen, daß einfach auf die Vereinbarung von Stundenlohn hingewiesen wird, geht nicht. Beides hat miteinander nichts zu tun.

6. Es besteht die irrige Auffassung, der Chef müsse das Personalbuch beschaffen bzw. herausgeben, wenn es auch noch bei der Kasse ist. Darüber, daß dort die Bücher oft auffallend lange liegen bleiben, wird häufig Klage geführt.

7. Oft wird die falsche Auffassung geltend gemacht, daß das Verbot der Kurrechnung ungefähr die- selbe Wirkung habe, wie die Bereinigung von der — nicht kompensierten — Schuld. Wirtschaftlich wird dies in der Regel der Fall sein, aber die Arbeitnehmer denken oft, sie brauchen für die fragliche Schuld überhaupt nicht mehr aufzukommen.

8. Die falsche Ansicht ist verbreitet, formelle Ent- schuldigung entschuldigt hinreichend ein an sich unent- schuldigbares Wegbleiben von der Arbeit. Der Einwand „ich habe mich ja entschuldigt“, wird oft geführt.

9. Die Auffassung „beschäftigt können“ sei „be- weisen“, wird immer wieder von neuem begegnet.

10. Die Bezahlung der Feiertage wird noch immer mit dem einfachen Hinweis verlangt, daß der Ar- beitnehmer in Wochenlohn stehe. Eine gesetzliche Begrün- dung ist dies selbstverständlich nicht, im Gegenteil er- gibt sich aus dem § 105c der Reichsgewerbeordnung in Ver- bindung mit § 323 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, daß für Feiertage, an denen die Arbeit gesetzlich verboten ist, auch kein Lohn verlangt werden kann. Eine Ausnahme greift nur Platz, wenn der Lohn den Charakter eines festen Bezuges hat, was gerade beim Wochenlohn fast nie- mals zutrifft, da meistens eine bestimmte tägliche Ar- beitszeit vorgeschrieben ist und demnach Ueberstunden be- sonders bezahlt werden müssen.

In solchen Fällen ist der Wochenlohn weiter nichts als ein Stundenlohn, der nur einmal am Wochenschluß gezahlt wird. Der Stundenlohn aber hat anerkannter- maßen niemals den Charakter eines festen Bezuges.

11. Sehr häufig wird von den Arbeitgebern übersehen, daß der Prozeß- oder Terminvollmachtigte vollstän- dig sein muß, und daß daher mit dem minderjährigen Vertreter gar nicht verhandelt werden kann.

12. Ueber die Rechtswirksamkeit der Bestim- mungen der Arbeitsordnung herrscht noch immer Unklarheit; es wird übrigens häufig von den Arbeitneh- mern übersehen, daß ein besonderer Hinweis auf die Ar- beitsordnung zur rechtlichen Wirksamkeit derselben, nam- entlich der in ihr enthaltenen Kündigungsbestimmungen, nicht notwendig ist. Der Hinweis dagegen ist nötig, aber auch genügend. Für die Rechtswirksamkeit ist weder der Hinweis noch die Aushändigung erforderlich.

13. Das Kolonnen-system wird immer mehr gemiß- braucht. Eine gesetzliche Regelung des Akkordvertrages ist dringend nötig.

Spezielles.

Fabrikwohlfahrtspflege.

Ueber die Aufgaben und die Organisation der Fabrikwohlfahrtspflege in der Gegenwart hat die Zentralstelle für Volkswohlfahrt eine Schrift heraus- gegeben (Berlin, Carl Heymanns Verlag), die sowohl das Interesse der Unternehmer als auch dasjenige der Arbeiter und der Sozialpolitiker in hohem Maße erwecken dürfte. Gegenüber den Anfeindungen und Vorwürfen, die die Wohlfahrtspflege in den industriellen Unternehmungen besonders ausläßlich des Pen- sionskassenstreites ganz allgemein erfahren hat, wird hier der Versuch gemacht, einmal ganz allgemein zu untersuchen, was denn die Fabrikwohlfahrtspflege bisher geleistet und wie sie sich entwickelt hat, wie sich Licht und Schatten bei näherer Betrachtung verteilen und wie demnach die Bedeutung der Fabrik- wohlfahrtspflege in heutiger Zeit zu bewerten ist. Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, daß zwar die sozialpolitische Gesetzgebung und die Gewerke- einbewegung wohl insichende und dazu berufen sind, in der aufsteigenden Entwicklung der arbeitenden Klassen Hindernisse hinwegzuräumen, Schutzwälle gegen persönliche und wirtschaftliche oder gesundhei- tliche Beeinträchtigungen zu errichten, daß sie aber nicht die individuelle und intensive Förderung auf wirt- schaftlichem, gesundheitlichem und geistigem Gebiet zu leisten vermögen, die die Fabrikwohlfahrtspflege

leisten kann. Die Fabrikwohlfahrtspflege hat daher auch in heutiger Zeit noch eine notwendige und be- deutende Aufgabe zu erfüllen. Sie kann das aber nur, wenn sie in sozialem Geiste organisiert ist und verwaltet wird. In Fragen der Organisation und Verwaltung der Fabrikwohlfahrtseinrichtungen werden eingehend behandelt. Die Schrift enthält außer einer systematischen Darstellung der Organi- sation der Fabrikwohlfahrtspflege von Dr. Mertenath noch die Verhandlungen der Braunschweiger Kon- ferenz der Zentralstelle für Volkswohlfahrt mit Re- ferenten von Dr. H. v. Erdberg, Syndikus Dr. Sillo und Reichstags-Abgeordneten Arbeiterssekretär Wies- berts.

Lohnerhöhung und Lebensmittelsteuerung

In der sozialdemokratischen Agitationspraxis ist es eine „Tatsache“, daß die von den Arbeitern ver- mittelst ihrer gewerkschaftlichen Aktionen erzielten Lohnerhöhungen durch die Steigerung der Lebens- mittelpreise wieder weitgemacht bzw. gar noch über- holt worden seien. Damit vergleiche man nachstehende Sätze aus dem „Vereinsanzeiger“ (Nr. 45), dem Blatt des sozialdemokratischen Verbandes der Maler, Lackier- er, Anstreicher usw.:

Die Frage nach dem Verhältnis zwischen Lohnerhöhung und Lebensmittelsteuerung läßt sich nicht einfach durch ein paar Zitate entscheiden; es sind vielmehr ganz un- fangreiche statistische Untersuchungen nötig, um wenigstens eine Unterlage zu einer Beantwortung zu haben. Daran mangelt es uns einstweilen noch, und auf eine bloße individuelle Beobachtung hin ein Urteil zu fällen, hat wenig praktischen Wert. So viel steht aber unbedingt fest, daß die Bedürfnisbefriedigung des modernen Arbeiters na- turgemäß auch größere Geldmittel erfordert, weil die Be- dürfnisse vielfältiger geworden sind.

Letzteres stimmt nicht minder wie die vorherige Feststellung des sozialdemokratischen Gewerkschafts- organs. Es wäre aber gut gewesen, wenn das Blatt man auch die sozialdemokratischen Agitatoren auf das Falsche ihrer Agitationspraxis aufmerksam ge- macht und damit zur Beseitigung einer Agitations- methode mitgeholfen hätte, die sonst bei den „Genos- sen“ allgemein üblich ist.

Neue Versuche zur Abkündigung des Trinkgeldes.

Während die Versuche auf Abkündigung des Trink- geldes bisher immer gescheitert sind, werden diese Versuche immer wieder von neuem unternommen. So haben wir jetzt die christlichen Hospize, die in allen gr-ößeren Städten anzutreffen sind, beschloffen das Trinkgeldgeben dadurch zu beseitigen, daß den An- gestellten das Trinkgeldnehmen vom einzelnen Gast unterjagt wird, daß aber dafür die Gäste einen ge- wissen Aufschlag der Rechnung bezahlen müssen. Die Beiträge aus diesen Aufschlägen sollen angesammelt und von Zeit zu Zeit an die Angestellten verteilt wer- den. Auch in einem größeren Hotel in Frankfurt a. M. soll jetzt die Abkündigung des Trinkgeldes durch einen Zuschlag auf die Rechnung, der ebenfalls zur Verteilung kommt, versucht werden.

Sterbetafel.

Milsepe. Am 25. Novbr. starb unser Kollege Emil Kottliker im Alter von 21 Jahren an Gelenk- rheumatismus.

W.-Gladbach. Am 22. November starb unser Kollege Gafmana im Alter von 69 Jahren infolge eines Schlaganfalles auf der Arbeitsstätte.

Oberhausen (Rhd.). Am 23. Novbr. starb unser Kollege Paul Fuchs im Alter von 48 Jahren an Lungenpneumonie.

Schreibem Andenken!

Versammlungskalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Amern-St. Anton. Donnerstag, den 8. Dezember (Maria Empfängnis), nachm. 8^{1/2} Uhr bei Witte Bernh. Clauen-Amern-St. Georga große öffentliche Gewerkschaftsversammlung. Referenten: Kollegen Schimpf-Röhl und Reich-Werfen

Augsburg. Samstag, den 1. Dez., abends 8 Uhr Ver- sammlung im Gasthaus „Zur goldenen Glode“.

Bocholt. Sonntag, den 11. Dezember, vorm. 11^{1/2} Uhr im Gasthof „Zur Stadt Münster“ Mitglieber-Versammlung.

Duisburg. Jeden Donnerstag, abends 7^{1/2} Uhr Abholen der Zeitung, anschließend Diskutierabend.

Duisburg-Großenbaum. Sonntag, den 11. Dez., nachm. 4 Uhr bei Bräutigam Mitglieber-Versammlung.

Duisburg-Marxloh. Sonntag, den 4. Dezbr., nachm. 8 Uhr bei Kantschulte Mitglieber-Versammlung mit Vortrag.

Duisburg-Rheinhausen. Sonntag, den 4. Dez., abends 6 Uhr Mitglieber-Versammlung bei Heich, Bahnhofstr.

Duisburg-Laar. Sonntag, den 4. Dezember, morgens 7^{1/2} Uhr Mitglieber-Versammlung bei Janßen.

Duisburg-Hamborn. Sonntag, den 4. Dezember, abends 6 Uhr bei Konehoff Mitglieber-Versammlung mit Frauen.

Düsseldorf-Eller. Sonntag, den 11. Dezember, vorm. 11 Uhr bei Eder, Humbertstraße, Bezirks-Versammlung.

Düsseldorf-Perdt. Sonntag, den 4. Dezember, vorm. 11 Uhr im Lokale Daniels, Krefelderstraße 3, wichtige Agitations- versammlung. Die Kollegen von Oberassel und Perdt sind freund- lich eingeladen. Referent: Kollege Leupke.

Düsseldorf. Sonntag, den 11. Dezember, nachm. 3 Uhr im Paulshaus gemeinsame Mitglieber-Versammlung. Die Frauen sind freundlichst eingeladen.

Düsseldorf. (Klempner und Installateure.) Mittwoch, den 7. Dezember, abends 7^{1/2} Uhr Branchen-Versammlung im Lokale Kuster, Ede Kloster- und Dillstraße.

Dormund I. Samstag, den 3. Dez., abends 9 Uhr, Ver- sammlung im christlichen Gewerkschaftshaus, Westfleischstr. 62 1/2.

Dortmund-Wethmar. Sonntag, den 4. Dezember, nach- mittags 4 Uhr, Versammlung bei Althoff.

Fußweiler. Sonntag, den 4. Dezember, abends 7^{1/2} Uhr Versammlung für Hefenhandwerker und Maschinisten und Metall- arbeiter bei Kuhn, Süßstr.

Gurlach. Sonntag, den 4. Dezember, nachmittags 3 Uhr Versammlungen im Gasthof zum Bahnhof, Hauptstr. 71.

Essen-Steele-Krah. Samstag, den 3. Dezember, abends 8^{1/2} Uhr Mitglieber-Versammlung im Restaurant Seeborn, früherer Donios in Steele.

Essen-Alteudorf. Samstag, den 3. Dezember, abends 7 Uhr Mitglieber-Versammlung mit Frauen im Restaurant Wink- Altendorferstraße. 6 Uhr Vorstand- u. Vertrauensmännerversam- lung im christlichen Gewerkschaftshaus Frohnhauserstr. 19.

Essen-Boiseler. Samstag, den 3. Dez., abends 8^{1/2} Uhr Ver- sammlung bei Kerkentath-Hofbahn. Referent: Kollege Hebborn.

Essen-Boiseler. Sonntag, den 4. Dez., abends 8^{1/2} Uhr Mitglieber-Versammlung im Restaurant Trogemann. 3 Uhr Vor- stand- u. Vertrauensmännerversam- lung.

Essen-Kleinewerbe. (Schlosser, Schmiede, Klempner.) Samstag, den 10. Dezember, abends 8^{1/2} Uhr Mitglieber-Versam- lung im christlichen Gewerkschaftshaus Frohnhauserstr. 19.

Essenfeld. Samstag, den 3. Dez., abends 8^{1/2} Uhr Ver- sammlung bei Kerkentath-Hofbahn. Referent: Kollege Hebborn.

Essenfeld. Sonntag, den 17. Dezember, abends 8^{1/2} Uhr Mitglieber-Versammlung im Konzerthaus Glenda.

Ettingen. Am 11. Dez., nachm. 1^{1/2} Uhr im Restaurant „Zur Linde“.

Gelsenkirchen-Bulke. Freitag, den 3. Dezbr., abends 8 Uhr bei Reichde.

Gelsenkirchen-Neustadt. Sonntag, den 11. Dez., vorm. 11 Uhr bei Orten, Bochumerstraße.

Forst-Emischer. Sonntag, den 11. Dez., nachm. 4^{1/2} Uhr bei Lufina.

Gelsenkirchen-Hüllen. Mittwoch, den 7. Dez., abends 6^{1/2} Uhr bei Nachbarstraße.

Gelsenkirchen-Notthausen. Sonntag, den 11. Dezember, vorm. 11 Uhr bei Ferner, Karl Meierstraße.

Gelsenkirchen-Schafke. Sonntag, den 11. Dezbr., vorm. 11 Uhr bei Wegener.

Gebelsberg. Das Büro der Verwaltungsstelle befindet sich in der Straße 1.

Grüne. Sonntag, den 4. Dez., vormittags 1^{1/2} Uhr Mit- glieder-Versammlung bei Rebel.

Hagen-Altenhagen. Sonntag, den 4. Dezember, abends 8 Uhr General-Versammlung beim Steinhaus. Vorstandswahl, daher alle erscheinen.

Höcht a. M. Samstag, den 3. Dezember, abends 8 Uhr außerordentliche Mitglieber-Versammlung im Gesehenhaus. Referent: Kollege Scherer.

Karlruhe. Sonntag, den 11. Dez., nachm. 8 Uhr Ver- sammlung in Ettingen, Restaurant „Zur Linde“. Thema: „Die Gartenstadtbewegung“. Die Kollegen von Haffatt und Durlach sind freundlichst eingeladen. Treffpunkt in Karlruhe 1^{1/2} Uhr Ede Quanten- und Ettingerstr.

Willingen (Kreis Nees). Nächste Mitglieber-Versammlung am 11. Dezember, nachm. 4 Uhr im Lokale Joh. Hartmann. Der- apl. Sinnens wird den zweiten Teil eines Vortrages halten.

Wannheim-Küfental. Sonntag, den 4. Dezember, nachm. 3^{1/2} Uhr Versammlung mit Vortrag im Engel.

Wannheim-Bierenheim. Sonntag, den 4. Dezember, morgens 10 Uhr Ver-ammlung mit Vortrag im Raßlich.

München. Samstag, 3. Dez., abends 8 Uhr im Gasthaus zur „Leopoldstadt“, Sennfelderstraße 11^{1/2}, Vertrauensmänner- und Delegierten-Versammlung. Vollständiges Erscheinen erwünscht.

München. Samstag, den 17. Dez., abends 8 Uhr im Lokal „Leopoldstadt“, Sennfelderstraße, Monats-Versammlung. Wich- tiges Thema.

Mülheim-Ruhr. Sonntag, den 11. Dezember, morgens 11^{1/2} Uhr, bei Süder, Kreuzenteich, Mitglieber-Versammlung. Vor- trag: Krankensicherungs-gesetz.

Mülheim-Ruhr. Sonntag, den 11. Dezember, vorm. 11^{1/2} Uhr bei Lehnhoff Mitglieber-Versammlung mit Vortrag und Vorstandswahl.

Mülheim-Broich. Sonntag, den 18. Dez., nachm. 4 Uhr Versammlung bei Böhle, früherer Plattenberg.

Reide i. W. Samstag, 3. Dez., abends 8^{1/2} Uhr Mit- glieder-Versammlung bei Sommer.

Oberhausen (Rhd.). Sonntag, den 11. Dezember, nachm. 4 Uhr General-Versammlung mit Vorstandswahl im Lokal Kemmer- lina. Donnerstag, den 24. November, abends 8 Uhr dafelb- Unterrichts-Kursus.

Paderborn. Sonntag, den 4. Dez., vorm. 11 Uhr außer- ordentliche Versammlung im Arbeiter-Vereins-Haus. Referent: Kollege Oberhoffel.

Remscheid. Am 18. Dezember vormittags 11 Uhr Mitglieber- versammlung bei Fritz Homann.

Schw.-Gmünd. Sonntag, den 4. Dezember, vormittags 10 Uhr Versammlung im evangelischen Vereinshaus. Vortrag: Die Wozheimer Aus-perrung. Referent: Kollege Kuhn.

Schuffenried. Samstag, den 10. Dez., abends 8 Uhr Ver- sammlung im Vereinslokal. Vortrag über „Wirtschaftskrisen“ von Kollege Schilling.

Stettin. Sonntag, den 4. Dez., nachm. 4 Uhr Versamm- lung bei Schullowsky, Blumenstr. 16.

Speier. Unter Versammlungslokal befindet sich von jetzt ab im Gasthaus „Zum Hosenknecht“ am Königspfad.

Urdingen. Sonntag, den 11. Dezember, vorm. 11 Uhr bei Eder, „Zum Parlament“.

Werrl. Samstag, den 2. Dez., abends 8 Uhr Versammlung im Karb. Gesehenhaus.

Wallau. Samstag, den 3. Dezember, abends 8^{1/2} Uhr bei Ehr. Pentel 4 in Weissenbach öffentl. Versammlung. — Sonntag, den 4. Dez., nachmittags 8 Uhr bei Pentel 14 in Wallau öffentliche Versammlung.